

Er scheint täglich außer Sonntags. Preis vorauszubehalten: Vierteljährlich 3.50 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Einzeln. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet. Fernsprecher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 1. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Wir ersuchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnententzweiges zum 1. Februar thätig zu sein. Es ist das eine Parteipflicht. Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und wer dem Partei-Organ neue Leser zuführt, stärkt sonach die Partei.

Wir haben, unterstützt von der Partei, in letzter Zeit unseren Inhalt bedeutend erweitert und auch dem Feuilleton erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt.

Der Roman

„Helene“

von Minna Kautsky,

welchen wir jetzt veröffentlichen, reiht sich den besten Schöpfungen der modernen Romanliteratur an.

Unter solchen Umständen haben wir ein doppeltes Recht, auf die Unterstützung der Genossen zu rechnen, und die Verbreitung des „Vorwärts“ von ihnen als eine Pflicht heischen zu können.

Mit dem 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 Mark für die Monate Februar und März entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.)

Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Theil des Romans

„Helene“

von Minna Kautsky

auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Die Redaktion und Expedition des

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten.)

Helene.

31

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Er schien es nicht zu wissen, daß die Abhängigkeit des modernen Weibes von ihrem Gebieter noch ebenso groß ist, als sie jemals gewesen und daß ihm heute weit raffinirtere Mittel zu Gebote stehen, um sie zu beugen. Unbewußt machte er davon Gebrauch, indem er seinen Geldsack fest zuhielt.

Damit war ihr Alles versagt, was sie geistig und gemüthlich erfrischen und erfreuen konnte, denn sie vermochte sich keinen Wunsch zu erfüllen, ohne vorher bei ihm zu betteln, und so wurde ihr ihre ökonomische Abhängigkeit täglich fühlbarer.

Gegen die Eltern benahm er sich schlecht. Er machte den Vater, dessen Gesinnungen er zu verdächtigen begann, für die radikalen Aeußerungen verantwortlich, die Helene hier und da entschlüpfen und untersagte ihre Besuche im Elternhause. Was sie liebte, dem mißtraute er, er qualte sie absichtlich, um sie damit zur Liebe zurückzuführen.

Wie Petrus über seine Macht mit jenem tyrannischen naiven Egoismus, der, da ihn niemand darin zu beschränken suchte, sich völlig in seinem Rechte glaubt. Aber das moderne Weib hat Nerven, und Helene lernte sie ihm fühlbar zu machen. — Frauennerven!

Erich wußte, was das zu bedeuten habe, er hatte schon darunter zu leiden gehabt; bei seiner legitimen Frau wollte er sich Nerven ernstlich verbeten haben.

Aber es schien, als ob er diesen pathologischen Zuständen gegenüber auch hier den Kürzeren ziehen würde, und dieser Gedanke erschreckte ihn.

Helene schien indeß wirklich zu leiden, ihr Aussehen bezeugte es, aber wenn dann einmal eine großmüthige

Wie es gemacht wird.

Dem Reichstage sind dieser Tage zwei Berichte der Wahlprüfungs-Kommission zugegangen, die über zwei Typen der Wahlmache guten Aufschluß geben, über die amtliche und über die großkapitalistische Wahlmache.

Zu den strebsamsten Neulingen der Rechten gehört der Abgeordnete für den 7. Wahlkreis des Regierungsbezirks Düsseldorf (Mörs-Rees), ein Landrath Gescher zu Wesel, der sich im Reichstags-Handbuche noch als „katholisch-konservativ“ bezeichnete und hinzugesetzte: „wahrscheinlich der konservativen Fraktion angeschlossen“. Thatsächlich ist denn auch der schneidige Landrath in die allein seiner würdige Fraktion der Junker oder um im Stile von Mantuffel zu reden, der „verhungerten Landwirthe“ einzutreten. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse für unsere Leser, zu erfahren, daß vor Herrn Gescher von den Gesinnungstüchtigen des Kreises ursprünglich der Roman als Kandidat in Aussicht genommen war, eine Kandidatur, die jedoch unter dem Hohn und Spott der öffentlichen Meinung zu Schanden geworden ist.

Herr Gescher, dessen Wahl auf recht eigenartige Weise zu stande kam, hat das Zentrum, zu dessen sichersten Sihen Mörs-Rees bisher gehört, geschlagen. Von Anfang an aber schwebte das drohende Gespenst der Ungültigkeitserklärung über dem gardeleutenantmächtig geschittelten Wollhaar des schnurrigbärtigen Patentfuchses der Konservativen. Ein gewandter Mann, der sich geschickt zu empfehlen versteht, sangt auch aus Giftblumen Honig und rettet aus den Trümmern eines etwa zusammenbrechenden Mandats die schönsten Hoffnungen und besten Aussichten für eine rosige Zukunft. Als erster Redner der Junkerschaft zur Tabakfabriksteuer debütierte Herr Gescher, und seine Rede war in der That ein Meisterstück der Staatsmannschaft, die darin besteht, ohne den bloßen Schein einer bescheidenen, sich nie zum Widerstand aufraffenden Selbständigkeit aufzutreten, stets der Ansicht der Regierung zu sein und sich in den Versicherungen der löblichsten Ergebenheit zu erschöpfen. Kein Wunder, daß der Vielgewandte, nachdem das schwere Werk vollbracht war, am Bundesrathstische mit unserem eleganten Reichschatzsekretär, der das Entzünden zwar nicht der Finanzpolitik, wohl aber der Leserinnen jedes Modejournals sein muß, die wärmsten Händedrücke tauschte. Dem Verdienste seine Krone!

Wer gar die Thätigkeit des Erwählten und wie Erwählten! von Mörs-Rees in der Stempelsteuer-Kommission, wohin ihn seine Leute verständnißfroh entfendeten hatten, mit wohlwollender Sachlichkeit verfolgte, muß an diesem Volksvertreter — die Reichsboten sind ja wohl Volksvertreter —

Regung in ihm aufstieg, war sie es wieder, die sie zurückwies.

So waren sie auf dem Punkte angekommen, wo sie in einer beständigen Reizbarkeit lebten, und Groll und Mißverständnisse sich erhöheten, wo das Unrecht des Einen zum Triumph des Anderen wurde, wo die gegenseitige Achtung schwand und Aerger und Erbitterung sich bis zum Hasser steigerten.

Und doch dachten sie nicht an Trennung. Sie lebten miteinander fort, Tag für Tag, unter dem moralischen Zwang eines Herkommens, das sie demoralisirte, sie schlecht machte und das zu brechen keines den Muth hatte.

Und gab es denn nicht so viele Andere, die auch miteinander lebten und nicht glücklicher waren als sie?

Anderen gegenüber huchelten Beide ein leidlich gutes Einvernehmen, aber Max ließ sich über ihr Verhältniß nicht täuschen.

Ohne jemals eine Judiskretion begangen zu haben, war er Mitwisser ihrer Geheimnisse geworden, die sie vor einander verborgen. Er kannte ebenso die Liebchasten Hartmanns, der eine Oliva aushielt, wie die Weltanschauung von Helens Vater, die seine Tochter unbewußt theilte. Wie kein Anderer errieth er, daß es zwischen den Gatten, die einen Bund für's Leben geschlossen hatten, nichts Gemeinsames mehr gab und daß Gefühle und Gedanken sich in ihnen zu einem immer feindseligeren Gegensatz entwickeln würden.

Und wenn Hartmann, der gesellschaftlich und ökonomisch frei und unabhängig war, sich diesem Zusammenleben zu entziehen und anderweitig zu entschädigen wußte, so würde ihr Herz immer mehr vereinsamen und die Hingabe an einen anderen Mann nur ihr Verderben besiegeln.

In den folgenden Tagen beobachtete Max mit wachsender Bangigkeit die einschmeichelnde Vertraulichkeit Morre's, der mit Hartmann's zugleich nach St. Agath gekommen war, und seine raschen flammenden Blicke, die er Helene zuwarf,

seine helle Freude haben. Er ist der getreue Schildknappe des Finanzministers Dr. Miquel und folgt, aber gar nicht erröthend, den Spuren Posadowsky's. Er ist ihrer Meinung und hat immer dasselbe sagen wollen, nur daß ihm die Regierungsvortreter öfters zuvorgekommen sind. Solche Herrlichkeiten eines steuerpolitischen Gleichlaufs zwischen Regierung und Konservativen wirken um so erfreulicher, je erbitterter die handelspolitische Fehde augenblicklich tobt.

Was also kann Herr Gescher geschehen? Verläßt er den Reichstag auf dem Wege, der sich für rechtswidrig erwählte gebührt, so wird er gewiß nicht klagen dürfen. Für Talente dieser Art ist doch ein weiches Bett leicht und gern gemacht. Der Landrath zu Wesel ist wirklich zu schade für die ledergepolsterten Sessel des Reichstags . . .

Die Wahlprüfungs-Kommission hebt in ihrem Bericht vor allem Eines hervor, das zwar nicht neu und nicht selten ist, nicht zu oft jedoch in solcher Sinnensfülligkeit uns vor Augen tritt, eine amtliche Wahlbeeinflussung, wie sie größlicher nicht gedacht werden kann. Ein Amtsgenosse des Landraths Gescher, der Landrath von Mörs, ein Dr. Daniel, hat im Ueberchwange kollegialer Nächstenliebe das Menschenmögliche geleistet. Er erließ am 9. Juni 1893 folgendes Rundschreiben an sämtliche Bürgermeister des Kreises Mörs:

Die Neuwahlen zum Reichstage stehen dicht bevor und ist, wie Sie wissen, der Herr Landrath Gescher zu Wesel als Kandidat der nationalen Partei einstimmig aufgestellt. — Infolge dieser Kandidatur ist unter den jetzigen Verhältnissen begründete Hoffnung vorhanden, diesmal einen Vertreter der regierungsfreundlichen Anschauung in den Reichstag zu senden, welches um so mehr geboten erscheint, da das Reich durch die Nichtannahme der Militärvorlage unabwehrbaren Verwicklungen entgegensteuern wird, welche zum Ruin des Vaterlandes führen können. Geboten ist es daher für jeden deutschen Mann, sein ganzes Können einzusetzen, um das Ansehen von unfreiem Vaterlande abzuwenden. Meine bringende Bitte geht nun dahin, daß Euer Wohlgebornen dafür Sorge tragen und überall durch Bildung geeigneter Komitees dahin wirken wollen, daß sämtliche nationalgesinnte Wähler am Tage der Wahl ihren Wahlgettel in die Wahlurne werfen. Nur auf diese Weise kann der Sieg erzungen werden. Da vor sechs Jahren unser Kandidat Baumann nur mit 186 Stimmen unterlegen ist, so ersehen Sie, daß es auf jede einzelne Stimme ankommt, und werden wir, wenn die Komitees ihre Schuldigkeit thun, bestimmt siegen. Nach geschehener Wahl bitte ich sofort Telegramm über das Resultat mir zuzusenden.

Der amtliche Wahlapparat arbeitete offenbar mit Hochdruck. Auch die bekanntlich „unpolitischen“ Kriegervereine wurden für den Hurrath-Kandidaten mobil gemacht, ein Aufruf an die Mitglieder der Kriegervereine des Wahlkreises Mörs-Rees wurde von dem Vorsitzenden des nieder-rheinischen Kriegerverbandes in Wesel erlassen, ein Aufruf, der blutrünstig mit Rosafen und Franzosen drohte. In

die wohl geeignet waren, die Sinnlichkeit eines jungen Weibes zu erregen.

Sern hätte er sie vor der drohenden Gefahr gewarnt, aber ihr Benehmen ermunterte ihn nicht dazu.

Nichtsdestoweniger wollte er über sie wachen, als ihr treuester Freund.

Wie lange noch?

Er lehnte sich in den Sessel zurück und schloß die Augen.

Und er sah sich selbst als einen kalten Mann unbeweglich daliegen, mit den gefalteten, wächsernen Händen, die Todtenstarre im Antlitz.

Sein Leben war erloschen . . . Der Gedanke hatte nichts Schreckhaftes für ihn, der an kein Jenseits glaubte mit der persönlichen Fortdauer von menschlichen Freuden und Leiden, der aber den ewigen Zusammenhang der Welt erfaßt hatte, und den großen Entwicklungsprozeß der Menschheit, der unbeirrt weiter schreitet, zu immer höheren Formen.

Und muß nicht jeder seinen Theil dazu beitragen, bewußt oder unbewußt? Keiner hat ganz umsonst gelebt.

Und er lächelte und öffnete die guten blauen Augen, in denen es hell aufleuchtete, in der heißen, innigen, Sehnsucht des letzten Wunsches: „Könnte ich doch, ehe ich von hinnen gehe, Helene, dieses süßeste Wesen, erretten, könnte ich etwas zur Festigung unserer Partei beitragen!“

Es war ein heißer, sonniger Nachmittags.

In Helene's Zimmer, das nach Osten lag, standen die Fenster offen. Es war angenehm kühl daselbst.

Sie saß am Fenster und hatte zu ihrem weißen Lawn tennis-Anzug eben das Mähdchen vollendet.

Der buschige Knopf aus geschnittener Wolle war noch daran zu sehen.

Ihre Hände hatten Nadel und Zwirn ergriffen, jetzt ließ sie sie wieder sinken und ihr müder Blick sah über den

einem Orte des Wahlkreises, in Elten, wurde ein Flugblatt, unterzeichnet: Die Deputation des Gemeinderaths, verbreitet, worin es heißt:

Der Herr Landrath Gieseler hat am vergangenen Sonntag unserer Deputation, welche der Gemeinderath in betreff unserer Seminarangelegenheit entsendet hatte, klar und bündig erklärt, daß, wenn er als Reichstagsabgeordneter nach Berlin entsendet würde, er bestimmt in der Lage wäre, unsern Orte das Lehrerseminar zu erhalten, dafür bürgte er. Er wisse sehr wohl, daß der Fortbestand des Lehrerseminars für Elten eine Lebensfrage wäre. Bürger von Elten, sorget für Eure eigene Existenz, wählet Landrath Gieseler!

Daß der Reichstag nichts mit dem preussischen Kultusetat zu thun hat, kommt ja nicht in Betracht.

So kam denn die Wahl des Herrn Gieseler zu stande. Er wurde mit 12362 gegen 11884 Stimmen, die auf den ultramontanen Kandidaten fielen, mit Ach und Krach am 15. Juni gewählt. Er erhielt 223 Stimmen über die absolute Mehrheit.

Die Kommission beantragt die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl anzusehen und den Reichskanzler um eine Beweiserhebung darüber zu ersuchen, ob das hantelische Rundschreiben an die Bürgermeister und wenn nicht an alle, zu welche ergangen sei. Und zwar soll Daniel eine amtliche Erklärung darüber abgeben.

Wir werden sehen, was die Regierung zur Geislerade sagen und thun wird. Demen um Gieseler wird sich vielleicht der Lustrius entwinden: Daniel hilf!

Im sechsten Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg (Wanzleben) ist am 15. Juni der Nationalliberale von Benda auf Andow mit 92 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden. Unser Genosse Tischlermeister Gerlach in Magdeburg erhielt 5489, von Benda 7758, der Wadelschmied Gufferow 2059 Stimmen. Die Kommission hat auch hier die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl angezweifelt und über die Vorgänge amtliche Auskunft verlangt, die der Wahlprotest wie folgt schildert: In Wolmirsleben hat der Gemeindevorstand Lohing in Uniform vor dem Wahllokale Stimmgeld für Herrn v. Benda verteilt. Der Amtsvorsteher und Fabrikbesitzer Schäper in Wolmirsleben hat seine bei ihm beschäftigten Leute (etwa 300 Mann) unter seiner und seiner Beamten Aufsicht an das Wahllokale geführt, wo jedem einzelnen dieser Leute von dem Gemeindevorstand Lohing ein Stimmgeld für Herrn v. Benda eingehändigt wurde. Sämtliche Leute befanden sich während dieser ganzen Handlung unter strenger Aufsicht der Beamten des Herrn Schäper, während Herr Schäper selbst sich innerhalb des Wahllokals an der Thür postirt hatte. Es wurde hierdurch den sämtlichen, so hergeführten ca. 300 Wahlberechtigten bei deren wirtschaftlicher Abhängigkeit unmöglich gemacht, sich mit andern als den ihnen vom Gemeindevorstand Lohing gegebenen Stimmgeldern zu versehen. Der Amtsvorsteher und Fabrikbesitzer Schäper rief sodann seine Leute nach dem Alphabet kolonnenweise von je 3 bis 5 Mann auf und ließ sie so in das Wahllokale eintreten, wobei er die Thür jedesmal eigenhändig öffnete und schloß.

So wird es gemacht. Wenn aber das freie Wahlrecht durch praktische Neuerungen geschädigt werden soll, dann beulmeiert die ganze Koite Korah der Gentlemen und Junker nach dem Sturze des allgemeinen Wahlrechts.

So wird es gemacht.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 30. Januar.

Aus dem Reichstage. Die Diskussion über das Miquel'sche Finanzgesetz hat auch heute noch die ganze Sitzung in Anspruch genommen.

Für das Gesetz trat das Trifolium von Frege, Dr. Böttcher und von Stumm ein, wobei die beiden Letzgenannten der Ausbildung des Systems der indirekten Steuern begeisterte Loblieder sangen. Der Junker Frege holte sich aber einen Ordnungsruf für eine recht rüpelhafte Anzuspinnung des Abgeordneten Richter.

Auch der Staatssekretär Graf von Posadowsky griff noch einmal in die Debatte ein, doch die Vorlage wäre nicht zu retten gewesen, auch wenn Graf von

Posadowsky mehr Einfluss im Hause hätte, als er bisher besitzt. Gegen die Vorlage sprachen die beiden Zentrumsredner Dr. Schäbler und Fuchs, von denen der erstere besonders ein Wühlerchen mit dem allezeit steuerfrohen bayerischen Finanzminister Dr. Riedel pflückte. Die Vorlage wurde schließlich an die Steuerkommission verwiesen, wo sie bis auf weiteres begraben bleibt.

Die Absicht, den Scherztag für diese Woche ausfallen zu lassen, wurde auf Widerspruch Singer's aufgegeben.

Nationalliberale Kourage. In der Budgetkommission haben die Nationalliberalen heute feierlich angekündigt, daß sie in der Etat-Berathung die Staatsangehörigkeit des neuen Herzogs von Coburg-Gotha zur Sprache bringen wollen. Besagter Herzog ist bekanntlich ein englischer Staatsangehöriger — ob auch deutscher, das ist die Frage. Und eine weitere Frage, ob ein deutscher Fürst „Untertan“ eines fremden Souveräns sein kann.

Der Hogaug des Ex-Hausmeiers wird in bezug auf seine politische Bedeutung oder Nichtbedeutung von der englischen Presse, die wohl die unparteiischste ist, genau so beurtheilt wie von uns. „Fürst Bismarck“, schreibt die „Saturday Review“, ist entwaffnet von dem Tag an, wo er den Palast des Kaisers als dessen Gast betritt. Und wenn das unwürdige Geleise und Gekurre (snarling) des Exkanzlers jetzt aufhört, so müssen die Freunde desselben dem Kaiser sehr dankbar sein. Das mögen die Herren, an welche die Worte gerichtet sind, sich merken.

Im übrigen ist's eine rein persönliche Sache, ohne jedwede ernstliche Folge: so urtheilt die gesammte englische Presse, obgleich sie zum Theil das Lügenmärchen von der Popularität der alten Raketenliste noch glaubt.

Propos, das „Leipziger Tageblatt“ bringt heute einen feierlich geperreten Artikel mit der Ueberschrift: „Der Anbruch der zweiten Regierungsepoche Kaiser Wilhelms II.“ Die „zweite Regierungsepoche“ ist am vorigen Freitag — dem Bismarcktag — angebrochen. Die Hundstage läubigen sich heuer sehr früh an.

Spiegel-Anarchist. Die Angelegenheit des Herrn Theodor Neuß gestaltet sich zu einer hochpolitischen Haupt- und Staatsaktion. Gegen die von uns vorgebrachten Thatsachen war einfach nicht anzukämpfen. Da gab es kein Abstreiten, kein Umklagen, kein Fälschen. Herr Theodor Neuß stak in dem Schraubstock und stammelte er auch einige verworrene Worte des Leugnens, so täuschte er doch niemanden, auch nicht seine Brotgeber, die sich vor das fatale Dilemma gezerzt sahen: „wenn Euer Herr Theodor Neuß kein Spiegel ist, wie er jetzt behauptet, dann habt Ihr einen Anarchisten, einen Genossen der Stellmacher und Konjorten im Sold!“ Freilich, wer sind die Brotgeber? Das Reichskanzleramt hat Herr Theodor Neuß selber genannt. Aber bloß das Reichskanzleramt? Bloß der „neue Kurs“? Nicht auch der „alte“? „Alte Liebe rostet nicht“, sagt ein Sprichwort, und ein anderes: qui s'exonssa s'accuso — wer sich entschuldigt, beschuldigt sich.“ Dies letztere Sprichwort fiel uns recht lebhaft ein, als wir die nachfolgende Notiz eines Bismarck'schen Reptils in dem „Leipziger Tageblatt“ lasen:

ss. Berlin, 30. Januar. Der „Vorwärts“ zeigt nicht äbel Lust, den von der Tribüne des Reichstages herab gebrandmarkten Herrn Theodor Neuß dem Fürsten Bismarck oder seinem Sohne an die Hochschöbe zu hängen. Er geht in der Unverschämtheit so weit, „aktuelles und politisches Interesse dem Umfange zuzuschreiben, daß Neuß auf dem Gruppenbild der Südwestdeutschen, die im vorigen Sommer dem Fürsten in Kliffingen huldigten, figurirt und zwar in der Nähe des Grafen Herbert Bismarck“. Es ist kaum möglich, bei einer im Freien bewerkstelligten Aufnahme einer großen Menschenmenge Einbringlinge fernzubohlen, möglicherweise ist aber Neuß kein Einbringling gewesen. In diesem Falle möchten wir fragen: In welchem Zwecke hat sich der Mann an die Umgebung des Fürsten Bismarck herangemacht, wenn waren seine Aufnahmestellungen zugeordnet? Es führt dies zur Hauptsache über. Der „Vorwärts“ behauptet, Neuß habe in Kreise der Londoner Anarchisten Spionagedienste verrichtet. Wir haben schon vor Erwähnung seiner Person im Reichstage (in Nr. 33 vom 19. Januar) konstatiert, daß ein Mann, der dem Londoner Anarchistenlager angehört hat, enge

journalistische Beziehungen zu der nächsten Umgebung des Reichskanzlers Grafen Caprivi unterhält. Gemeint war eben jener Herr Neuß. In welcher Eigenschaft Neuß unter den Anarchisten wirkte, stehen wir dahingestellt und müssen wir auch heute dahingestellt sein lassen. Herr Singer hat Beweise für die Spionagedienste des Neuß nicht beigebracht und die nachträglich erfolgte Beweisführung des „Vorwärts“ ist lüdenhaft. Jedenfalls steht fest, daß im Reichskanzlerpalast eine Person ein- und ausging, die entweder agent provocateur oder Anarchist gewesen ist. In das erstere der Fall, dann ist das Urtheil überflüssig. War Neuß aber Anarchist, so darf hier wohl nicht an das Wort erinnert werden, daß im Himmel mehr Freude über einen Befehligen sei, denn über zehn Gerechte. Es ist vielmehr der Gipfel der Ungeschicklichkeit, in dieser Zeit anarchistischer Attentate, die Welt von einem Attentatsversuch durch einen ehemaligen Anarchisten unterrichten zu lassen — ganz abgesehen von der gebotenen Rücksichtnahme auf die viel gerühmte Tugendhaftigkeit der Regierung in Preußen. Wir haben auf Herrn Neuß, über dessen Vergangenheit der weitaus größte Theil der Berliner Presse aus unbekanntem Gründen sich Schweigen auferlegt, umso mehr ein zweites Mal zurückkommen zu müssen geglaubt, als es galt, dem eingangs erwähnten Veruche entgegen zu treten, den Funktionär der gegenwärtigen Regierung auf das Konto des Fürsten Bismarck zu schreiben.

Der Hauptmann der „Fronde“ sucht also den Herrn Theodor Neuß von seinen Hochschöben abzusütteln, und dem — trotz Hogaug — mit ungeschwächten Kräften gebliebenen Nachfolger an die Hochschöbe zu praktizieren. Natürlich will auch der Nachfolger mit einem Spigel und Anarchisten nichts zu thun haben, und so blüht denn dem Herrn Theodor Neuß das Vergnügen, daß zwischen Friedrichstraße und Wilhelmstraße Fangball mit ihm gespielt wird.

Unser Urtheil steht fest. Herr Theodor Neuß hat zweien Herren gedient — wenigstens von zweien Herren Gieseler bezogen. Als nach dem Sturze des langjährigen „Chefs“ dem Spigelgesindel der Brotkorb länger gehängt ward, ging Herr Theodor Neuß mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem biedereren Krüger, in die Dienste des sehr gut zahlenden Bismarck-Kings, und dieser hat ihn zu Herrn von Caprivi geschickt, — ein Geniestreich, der allerdings nur unter der Voraussetzung großer Naivetät des außerordentlichen Opfers versucht werden konnte, jedoch zweifellos gelungen ist. Möglich, ja gewiß, daß Herr Theodor Neuß auch den Fürsten Bismarck an Caprivi verrathen hat.

Mögen die beiden Herren Kanzler, der alte und der neue, sich Herrn Theodor Neuß gegenseitig zuwerfen wie einen Pack schmutziger Lumpen, den Jeder los sein will. Und mögen sie sich zanken, welcher von Beiden der betrogenste ist. Für uns liegt das Hauptinteresse — und mehr als ein vorübergehendes Interesse der Aktualität — in der Thatsache, daß ein Theodor Neuß Vertrauensperson der zwei ersten Kanzler des Deutschen Reichs sein konnte.

Das wahre Verdienst findet in Preußen doch noch immer seinen Lohn. Welch außerordentliche Verdienste um Staat und Krone, die bisher unbekannt geblieben sind, muß sich nicht der General Kirchhoff erworben haben, da ihn trotz des seigen Nordversuchs, dessen er vor kurzem überführt wurde, jetzt der König von Preußen den Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern verliehen! Wie gesagt, wir kennen die Verdienste nicht, aber groß müssen sie doch sein, mindestens so groß, wie die des Hring-Walbow, der trotz seiner Attentatsangelegungen das Allgemeine Ehrenzeichen erhielt. Wir sind eben leider noch nicht tief genug eingedrungen in das Wesen des Militärstaats, um auf alle seine Befehlskassenbarungen hinreichend vorbereitet zu sein.

Die Weiberprügelei in Kamerun hat unsere Offizien, abgebrüht wie sie sind, doch mit einiger Scham erfüllt. Dies schließen wir daraus, daß das Wolff'sche Telegraphenbureau wohl die Thatsache der Weiberprügelei erwähnt, den schmachvollen Umstand, daß die Weiber für die Prügelei nackt ausgezogen wurden, verschwiegen hat.

Die Zentrumsparthei fählt wieder einmal das Bedürfnis, für die „wahre“ Freiheit in berjenigen unschädlichen Weise einzutreten, die wir seit Jahren an ihr schätzen. Sie bereitet diesmal einen Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes vor, und die Einbringung soll in nächster Zeit stattfinden. Wir bezweifeln nicht, daß der Antrag

Garten hinweg, nach den Tannen, die hier die Straße säumten.

Sie hatte keinen deutlichen Gedanken, es war nur ein unbestimmtes Gefühl der Sehnsucht, daß sie aus der Gegenwart, aus ihrem Hause hinweg führte.

Da vernahm sie leichte Schritte gegen die Thür und mechanisch nahm sie die Arbeit, die ihr im Schooße ruhte, wieder auf.

Er trat herein, ein Biedchen summend. Er hielt einen Strauß herrlicher Rosen in der Hand, und verlangte ein Band, um sie zusammen zu binden.

Er setzte sich, als er es erhalten hatte, und begann die Blumen mit gutem Geschmac zu ordnen. Einmal blickte er flüchtig auf:

„Bist Du bald fertig? Sidonie liebt es nicht, wenn man sie warten läßt.“

„Fertig“, sagte sie und schnitt den Faden ab.

„Ah, ein neues Lawn-tennis-Mädchen, probire einmal.“

Sie setzte es auf. Es stand ihr vortrefflich.

Er nickte.

„Hübsch; diese lednen Formen stehen Dir am besten; wen wirst Du denn da wieder erobern wollen?“

Es zuckte ein wenig spöttisch um ihren Mund.

„Als ob wir immer jemand erobern wollten.“

„Nicht? Ich denke, es ist das Alpha und Omega aller Eurer Bestrebungen, freilich, Du bist etwas herabgestimmt, seit Du mit dem kleinen Donner eine so schlimme Erfahrung gemacht hast, und er Dir sehr unverhohlen seine Liebe gestanden hatte.“

Sie wurde glühend roth.

„Warum erinnerst Du mich an diese Unverschämtheit, Du weißt doch, daß ihn nichts dazu berechtigt hatte.“

„Als Deine Unvorsichtigkeit. Du hast ihn bevorzugt, warum sollte er nicht glauben, daß er Dein Verlangen entzündet?“

Sie hatte ein zorniges Lachen: „Der, Der!“

„Der nicht — ein Anderer vielleicht?“ fragte Erich, sie absichtlich reizend.

Sie setzte sich gerade und sah ihn an: „Keiner“, sagte sie kurz.

Es klang verlegend kalt und abweisend.

Er zuckte die Achseln und entgegnete zynisch: „Wer das auch glaubte.“ Er wollte das letzte Wort haben.

Er war aufgestanden und ging in der Stube hin und her, an seinem Schnurrbart zerkend, dann stellte er sich plötzlich vor sie hin und fragte ungeduldig:

„Ja, warum gehen wir denn nicht, wenn Du fertig bist — soll auch die Frau Minister auf Dich warten müssen?“

„Sind die Vermina's wieder hier?“

„Sie sind heute morgen herangekommen; ich dachte, Du wüßtest es.“

„Nein.“ Sie trat vor den Spiegel und nahm ihr Mädchen vom Kopfe.

„Bitte, gehe allein“, sagte sie ruhig, „ich will später nachkommen.“

„Weshalb?“

„Ich bin nicht ganz wohl.“

Er sah sie starr an mit den sich vergrößern Augen.

„Was ist das wieder für eine Komödie, was soll das heißen?“

„Daß ich es möglichst vermeiden will, mit Er. Excellenz zusammen zu treffen.“

„Bist Du verrückt!“ fuhr er auf. „Erst stand die Frau Minister nicht in der Gnade und nun hat er es mit Dir verdonnen.“

„Ich bitte Dich, sprich nicht in der Weise. Du weißt sehr gut, wie zudringlich er sich mir gegenüber benimmt.“

„Zudringlich nennst Du das, wenn er Dich anzeichnet, wenn er Dir schmeichelt? Wie würden Dich andere darum beneiden, wie würden das andere Frauen zu beneiden wissen; aber Du weißt Dich eben nicht zu benehmen. Solltest Du vielleicht nicht einmal diesen alten Herrn im Jaum zu halten verstehen? Das zeugte doch für eine sehr geringe — Pflichtigkeit.“

„Lann mit einem hässlichen Lächeln:“

„Ich will Dich nur beruhigen, Der wird keiner Frau mehr gefährlich.“

„Aber unanstößlich.“

Er verbogte sich.

„Wie's beliebt. Ich dränge ihn Dir nicht auf.“

Er steckte beide Hände in die Taschen seines leichten Rockes, trat an das zweite Fenster und, hinaus sehend, begann er leise zu pfeifen.

Dann seufzte er wieder. Es war ein Seufzer der Ungeduld und des Verdrusses. Sie aber hatte die Empfindung, als sei sie zu weit gegangen und sie fühlte sich völlig haltlos und elend.

Das Stubenmädchen kam herein und überbrachte der gnädigen Frau eine Karte.

Sie sah sie an und eine freudige Ueberraschung malte sich in ihrem blassen Gesichte.

„Der Herr ist draußen?“ fragte sie.

„Ja, er fragte, ob er die gnädige Frau sprechen könne.“

„O ja, o gewiß“, und sie machte eine Bewegung, als wolle sie dem Harrenden entgegengehen.

Erich hatte sich rasch umgewendet und trat ihr entgegen.

„Wer ist es?“ fragte er, und ohne viel Umstände zu machen, nahm er ihr die Karte aus der Hand.

„Ich freue mich so“, sagte sie und blieb vor ihm stehen.

„Konrad Ehner“, las Erich.

„Ich habe ihn lange nicht gesehen.“ Wittend kam es von ihren Lippen, während sie gespannt zu ihm aufblickte.

„Ich wünschte nicht, daß Du ihn empfängst“, entgegnete Erich ruhig, und gegen das Mädchen gewendet, fügte er kurz und bestimmt hinzu: „Sagen Sie dem Herrn, die gnädige Frau sei nicht zu sprechen.“

Helene sah ihn groß und bestürzt an: „Es ist ein alter Freund — ich möchte —“

Er aber, zu dem Mädchen gewendet, hob nur das Kinn und bemerkte in einem etwas schärferen Ton:

„Thun Sie, wie ich Ihnen gesagt habe.“

Sofie ging hinaus.

Helene that einige Schritte in unbestimmter Richtung, ihr Körper zitterte, die Farbe kam und ging von ihren Wangen und ihre Augen flimmerten, als vermieden sie es, einen Gegenstand bestimmt ins Auge zu fassen.

Er lehnte sich an einen Tisch, mit beiden Händen nach rückwärts sich stemmend, und sah sie an in höhnischer Ueberlegenheit.

„Es kommt Dir unerwartet, daß ich einmal als Herr in meinem Hause anstrete“, sagte er mit erzwungener Ruhe.

(Fortsetzung folgt.)

durchaus demokratisch ausfallen wird, geheime Wahl, gleiches Stimmrecht u. s. f. Denn das Zentrum hat es ja oft genug gesagt, daß es alles das auch für Landes- und Gemeinderahlen wünscht, und muß endlich schandenhalber etwas in der Richtung thun. Hierzu ist Ort und Zeit außerordentlich günstig gewählt. Ort: Abgeordnetenhause, Zeit: Landtagskommer. Hier können die demokratischsten Reden abgehalten werden, das Zentrum kann sich als die „wahre Volkspartei“ aufspielen. Es hat einmal wieder seinen guten Willen gezeigt — und mehr will es ja gar nicht! Soll es wirklich zu einer Wahlreform für die Landtagswahlen kommen, so wäre der Ort der Reichstag. Und wollte das Zentrum wirklich eine solche Reform, so wäre der Antrag im Reichstage einzubringen. —

Justiz. Dem armen Rittergutsbesitzer Pösch in Commern bei Pirna hatte, ohne Rücksicht auf den „Nothstand“ der Landwirtschaft, die Arbeiter-Gehälter L. Weizen führen in der Höhe von einigen Mark entwendet. Dieses Verbrechen, das in Ansehung der „Nothlage“ der Bediensteten doppelt verwerflich erscheint, wurde vom Gericht mit drei Monaten Gefängnis gestraft.

Justiz heißt auf Deutsch: Gerechtigkeit. —

„Die Gerichte sind ganz selbständig. Aber das Justizministerium wird, wie es seither schon gethan hat, auch künftig jederzeit etwaige unrichtige Rechtsprüche wenigstens außeramtlich — ich kann nicht sagen korrigieren, aber doch zum Gegenstand vertraulicher Rücksprache mit den betreffenden Richtern machen.“ — Also sprach sich laut stenographischen Bericht der sächsische Justizminister von Schurig in der ersten Kammer des sächsischen Landtags kürzlich aus. — „Private Aussprache“, von einer solchen sprach auch gelegentlich der Besprechung des Urtheils des sächsischen Ober-Landesgerichts über die Oberprocurator Flugblattvertheiler der Abg. Goldstein in der Zweiten Kammer.

Wir begreifen bloß nicht, warum der sächsische Herr Justizminister sich gegen das „korrigieren“ der Justiz sträubte. Dachte er etwa an das „Gut korrigieren“ des berühmten französischen „Edelsten“ und Glückwünschlers Riccault de la Marlinière? —

„Die Futternoth des letzten Sommers hat in umfangreichen Gebieten des Staates massenhafte Forstfrevel Strafen zur Folge gehabt, auch in solchen Fällen, wo die Strafthat in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände als entschuldigbar betrachtet werden muß.“ Also Herr Abgeordneter Knebel, Landrath a. D., in einer Anfrage, die er an die preussische Regierung richtet, und worin er es dieser nahe legt, wegen solcher Forststrafen Vergnügung einzutreten zu lassen. Was Herrn Knebel und seinen national-liberalen Freunden erst jetzt klar zu werden scheint, wußten wir längst! Das preussische Forstdiebstahlgesez setzt Strafen für „Vergehen“ fest, die gar keine Vergehen sind, z. B. für die Entwendung von Abfällen, Spähnen, von Rast- und Leseholz, aus denen die Forsteigenhäuser keinen nennenswerthen Nutzen ziehen können, mit denen der arme Mann auf dem Lande aber seine Stube wärmen könnte; das preussische Forstdiebstahlgesez setzt für solche Entwendungen, die durchweg entschuldigbar sind, schon recht harte Strafen fest. Wäre es da nicht richtiger, direkt dem Gesez zu Liebe zu gehen, das einen Antrag, wie den Knebel'schen nöthig macht? —

Aus den Betriebsergebnissen der preussischen Staats-Eisenbahnen im Etatsjahre 1892/93 geht die unerfreuliche Thatsache hervor, daß das Personal um 10 363 Personen verringert worden ist. Zwar hat man die Zahl der Beamten um 6126 vermehrt, von Arbeitern wurden aber 16 489 weniger beschäftigt als im Jahre 1891/92. Mit Hilfe dessen hat man einen Reingewinn bekommen, der um 22 052 092 M. höher ist als im vorigen Jahre. Er betrug 339 896 352 M., gleich 5,15 pCt. des über 1/2 Milliarden betragenden Anlagekapitals, während dessen Verzinsung im vorigen Jahre 4,91 pCt. ansammete. In welchem Maße jeder einzelne des Personals an der Erreichung dieses Gewinnes, im Durchschnitt genommen, beitrug, ergibt sich aus folgender Tabelle, der zur Vergleichung die entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1891/92 eingefügt sind:

Zahl des Personals (Beamte und Arbeiter)		Reingewinn in Mark	
1891/92	1892/93	1891/92	1892/93
202 983	252 020	317 844 200	339 896 352
	weniger 10 363		mehr 22 052 092
Davon pro Kopf des Personals			
1 208	1 345		mehr 187 = 11,34 pCt.

Wie hoch waren nun die Gehalte und Löhne des Personals? Der „Reichs-Anzeiger“, nach dessen Veröffentlichung wir uns hierbei richten, sagt darüber nichts. Da er aber die Ausgaben in „persönliche“ und „sächliche“ Unterkosten scheidet, so wird es wohl kein Irrthum sein, wenn man unter der Summe der persönlichen Unterkosten die Gehalte, Löhne und sonstigen Beibehaltungen des gesamten Bahnpersonals versteht. Ist das richtig, dann ergibt sich folgendes:

	1891/92	1892/93	1892/93
Summa der Gehalte, Löhne u. c.	258 174 624 M.	288 463 964 M.	288 740
Davon pro Kopf des Personals	981	1023	{ = 0,11 pCt.
Der Profit des Staates und der in Gestalt von Gehalten, Diäten, Lohn u. c. gezahlte fiskalische Arbeitslohn würden sich also wie folgt zu einander verhalten:			{ = 4,28 pCt.
Reingewinn der Bahnen	1208 M.	1345 M.	
Arbeitslohn des Bahnpersonals	981	1023	
Prozentfuß des Profites der Bahnen zum Arbeitslohn	123,22	131,47	

Die Eisenbahnverwaltung des Staates wenigstens versteht also mit dem Pösch „Arbeitskraft“ nicht minder zu rechnen, als das private Unternehmertum, sondern sie ist diesem hierin eher noch „über“. —

Nur wen die Anarchisten arbeiten. In Spanien pfliff die Regierung auf dem letzten Loch — da kamen die Munoz, Pallas und Genossen, erschreckten die Volksmassen und die Regierung war gerettet. In Frankreich lag die Regierung am Boden, der Sozialismus kniete ihr auf der Brust, da warf Vallant seinen Kochtopf und die Re-

gierung war gerettet; sie sprang wieder in den Sattel und ist für den Augenblick oben auf.

Seit Jahrzehnten arbeitet die internationale Reaktion mit heissem Bemühen und unverbundenem Fleiß an der Untergrabung und Vernichtung des Asylrechts. Und zwar sind es zwei Länder vor allen, die dieses erste Recht der Kultur gewahrt und behütet haben: England und die Schweiz. In England gingen die Anarchisten ans Werk: Die Wallall-Verchwörung wurde gemacht, andere tolle Streiche vorbereitet. Zum Glück ist das englische Volk nicht so nervenschwach, wie die Völker des Kontinents und hat England eine vernünftige Regierung. Die Anarchisten wurden als Polizeispitzel entlarvt — das Asylrecht blieb unangetastet. Anders in der Schweiz, wo seit länger als einem Jahrzehnt unter Bürgern und Bauern eine starke Strömung gegen die „fremden“ Umstürzler und gegen das Asylrecht sich geltend macht. Dieser Strömung sind vor 7 Jahren unsere nächsten Freunde zum Opfer gefallen.

Jedermann wußte, daß die, welche in der Schweiz ein Asyl gesucht und gefunden, auf die Verhältnisse Rücksicht nehmen, vorhandene Vorurtheile schonen mußten — im eigenen Interesse, und mehr noch im Interesse der Sache. Die Feinde des Asylrechts lauerten nur auf eine Gelegenheit.

Nun, am vorigen Sonntag ist sie gegeben worden — gegeben von denselben Elementen, die in Spanien und Frankreich soeben die Reaktion gerettet haben, und die in England so eifrig, wenn auch ohne Erfolg, gegen das Asylrecht gewirkt.

Wir haben der Züricher Vorgänge in unserer Dienstag-Nummer erwähnt: wir druckten den Bericht des Wolff'schen Bureaus ohne Kommentar ab. Wir hatten schon geschrieben: „Wir sind bei den Herren Anarchisten und Unabhängigen zwar an eine lächerliche Dosis von Dummheit gewöhnt, daß sie aber diesen Skandal verursacht haben sollten, dazu halten wir sie doch nicht für dumm genug.“ Allein wir ließen die Notiz weg, und warteten ab.

Nun, es ist gekommen wie wir voraussahen: die Feinde des Asylrechts haben den erwünschten Vorwand: es sind Massen ausweisungen aus der Schweiz angeordnet werden erfolglos, und das Asylrecht der Schweiz ist vorläufig aufgehoben — der größte Triumph, den die internationale Reaktion seit Jahrzehnten erlebt hat.

Wir wiederholen hier, was wir vor längerer Zeit einmal schrieben: „Unter den Anarchisten und Unabhängigen giebt es ungewissenhaft ehrliche und geschickte Leute. Schade nur, daß die geschickten nicht ehrlich und die ehrlichen nicht geschickte sind.“

Wir sind die letzten, die einen thörichten Streich, der unangenehme Folgen hat, heulmüthig verurtheilen. Das überlassen wir den Philistern. Aber das müssen wir sagen: wer den Züricher Sonntags-Skandal veranstaltet hat, ist entweder ein unzurechnungsfähiger Narr oder er ist ein Spitzel. Ein Drittes giebt's nicht. —

Die französische Flotte bez. die Enthüllungen Clemenceaux's über den Zustand derselben und über die Korruption in ihrer Verwaltung bilden den Gegenstand einer energischen Interpellation Lockroy's, über die heute in der französischen Kammer verhandelt wurde. —

Abermals um eine Hoffnung ärmer sind die Arbeiter des goldenen Kalbes, die schon den Wieder-ausbruch des großen englischen Bergarbeiter-Streiks gemeldet hatten, weil die Ernennung eines Obmanns der Einigungs- oder Versöhnungskommission auf Schwierigkeiten stieß. Die Schwierigkeiten sind aber jetzt aus dem Wege geräumt: der Speaker (Sprecher, d. h. Präsident) des Unterhauses, dem die Ernennung übertragen war, hat in der Person Lord Sand's eine Wahl getroffen, die auf beiden Seiten Anklang gefunden hat.

Nicht, daß wir nun glauben, das tausendjährige Reich des Harmoniebüfels werde nun im englischen Kohlen-gewerbe beginnen. Im Gegentheil, wir wissen, daß neue und vielleicht noch heftigere Kämpfe bevorstehen, als die, welche hinter uns liegen — das bringt die Natur der kapitalistischen Wirtschaft mit sich. Allein was festzustellen für uns von Werth war, ist, daß gerade die Vertreter des Unternehmertums es sind, die einen neuen Konflikt herbeizuführen und die dadurch einen neuen Beweis liefern, daß nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus es ist, der den gesellschaftlichen Krieg will. Freilich, er muß ihn wollen — sonst kann er nicht leben, so wenig wie ein Raubthier ohne Raub. —

Das englische Gastpflichtgesez und die Lords. Aus London wird uns unterm 29. Januar von unserem Korrespondenten geschrieben:

Während die gewählten Volksvertreter auf einige Wochen in die Ferien gegangen sind, um sich von den Strapazen der ewig langen Sessien auszurufen, sind die erblichen Gesetzgeber — ich meine die Mitglieder des Hauses der Lords — seit einigen Tagen zusammen, sich ihrerseits von der ihnen gewöhnlich zufallenden Rolle der parlamentarischen Siebenschläfer durch das Mittel einer außerordentlichen Aktion zu erholen. Was für den Einen eine Last, ist eben für den Andern ein Vergnügen, und bei den Lords ist das Vergnügen um so größer, als ihre Aktion darin besteht wird, dem Hause der Gemeinen resp. der in demselben zur Zeit herrschenden Mehrheit in die Suppe zu spucken.

Es handelt sich um zwei mit Noth und Mühe im Hause der Gemeinen durchgebrachte Reformgeseze des Ministeriums: die Gastpflicht-Erweiterung und die Kirchspiel- und Distriktsvertretungsreform, die erstere eine Abschlagszahlung an die Industrie-Arbeiter, die zweite hauptsächlich auf die Kleinbauern und die Landarbeiter berechnet. Das besagt bereits, daß jene einem großen Theil des Unternehmertums, diese der Masse der Landlords ein Dorn im Auge ist. Und darum geht das Haus der Landlords und der Geldsäcke daran, beide Geseze nach allen Regeln der parlamentarischen Kunst unschädlich zu machen. Das geschieht natürlich nicht dadurch, daß man sie kurzerhand verwirft, wie sich die Lords das bei der Homerulibill leisten durften, sondern durch das Mittel der Amendement — auf deutsch: Verbesserung resp. Verbesserung.

Der Wendepunkt beim Gastpflichtgesez ist die Frage der Ausnahmegesetze. Wie ich schon öfter ausgeführt, will die große Masse der Arbeiter diese Kontrakte abgeschafft wissen, und die Regierungsvorlage war dementsprechend formuliert. Ein Vermittlungsvorschlag des liberalen Abg. Mc. Laven, wenigstens einer bestimmten Kategorie von Ausnahmegesetzen, die den Arbeitern bessere oder weitergehende Unterstützung zusichern als das Gesez, Snake zu gewähren, war von der Regierungsmehrheit nicht akzeptiert worden, und noch weniger ließ sich dieselbe auf ein von Lord Dabley im Hause der Lords eingebrachtes Amendement ein, solte Kontrakte zuzulassen, welche die Mehrheit der Arbeiter des betreffenden Unternehmens bei veranfallender

Abstimmung genehmigt. Mit Recht, denn erstens sind solche Abstimmungen nur dem Namen nach frei, und zweitens haben die Ausnahmegesetze eingefandenermaßen nur den Zweck, die Arbeiter durch das Almosen einer etwas höheren oder umfangreicheren Versicherung an das betreffende Unternehmen zu fesseln und von der Organisation ihrer Kameraden fern zu halten. Nun liegt die Bill den Lords zum zweiten Mal vor, statt aber dem Hause der Gemeinen, hinter dem die übergroße Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter steht, entgegenzukommen, haben die Lords am Freitag in einer bei Lord Salisbury abgehaltenen Privatkonferenz beschlossen, an jenem Amendement festzuhalten. Bei dem Werth, den die Gewerkschaftler auf das erwähnte Verbot legen, ist dadurch das Zustandekommen des ganzen Gesezes problematisch geworden, denn die Regierung würde durch Nachgiebigkeit gegen die Lords es mit jenen verderben. Die Herren erblichen Gesetzgeber brauchen solche Rücksichten nicht zu nehmen, während ihnen die Verbildung und Schwäche der Arbeiter einiger großen Eisenbahn-Gesellschaften, die sich solcher Nebenversicherung erfreuen, obendrein noch den Vorwand liefert, nur das Interesse der durch das Gesez bedrohten Arbeiter im Auge zu haben.

Die Engländer wollen in Egypten Ernst machen und den Khedive, dessen Selbstständigkeitsgelüste ihnen un-bequem werden, absetzen. Eine Londoner Depesche des Herald-Bureaus meldet hierüber:

Zusammirte Kreise bestätigen, daß Lord Cromer beauftragt wurde, den Khedive zu instruieren, daß seine Absetzung eine beschlossene Sache sei, wenn er fortfahre, den Interessen Englands entgegen zu handeln. Zwischen London und Konstantinopel finden bereits Erörterungen hierüber statt.

Dieser Gewaltstreik Englands wird von den interessierten Großmächten, vor allen von Frankreich und Rußland als ein weiterer Schritt zur Annexion Egyptens betrachtet werden und könnte deshalb zu ernstlichen Mißheiligkeiten führen. —

Aus Italien keine neuen Nachrichten. Es muß aber sehr schlecht stehen um die Regierung, sonst würde Herr Pindler nicht, mit dem ihm eigenen Ungeschick, heute den Versuch machen, die Zensur, welche Herr Crispi über Italien verhängt hat, auch auf Deutschland auszuwehnen. Steht Herr Pindler auch in italienischem Sold? —

Aus Serbien wird gemeldet, daß sämtliche volksthümliche Beamte durch andere bloß der Regierung ergebene ersetzt werden sollen. Das Verfahren gegen die angeklagten Minister ist eingestellt, daß darin eine Verfassungsverletzung liegt, geht aus dem Artikel 140 der serbischen Verfassung hervor, welcher lautet:

Der König kann von seinem Gnadenrechte zu gunsten eines verurtheilten Ministers ohne Zustimmung der Stupskytina keinen Gebrauch machen.

Demgemäß wird von radikaler Seite in dem Erlaß des Amnestie-Aktes eine Verfassungsverletzung erblickt, für welche die kontrastierenden Minister die Verantwortlichkeit zu tragen haben. Ueberdies enthält der Amnestie-Akt nicht bloß die Vergnügung, sondern auch den Auftrag zur Einstellung der Thätigkeit des Staatsgerichtshofes. Die Radikalen behaupten, daß der König hierzu nicht berechtigt sei, denn der Artikel 33 des Minister-Verantwortlichkeits-Gesezes sagt:

Die Thätigkeit des Staatsgerichtshofes erlischt, sobald das Urtheil gefällt ist. —

Im brasilianischen Bürgerkrieg ist eine entscheidende Wendung erfolgt — und zwar, wie wir das vor Monaten voraussagten, durch Eingreifen der Amerikaner, die unter keinen Umständen dulden können, daß europäische Mächte sich schließlich einmischen und daß die Monarchie wieder hergestellt würde. Das amerikanische Geschwader gerieth aus einem noch nicht bekannten Grunde — die telegraphische Meldung, die Rebellen hätten angegriffen, ist unzweifelhaft falsch — vor Rio Janeiro mit der Rebellen-Flotte in Kampf und bohrte sie fast ganz in den Grund. Peizoto, der „legitime“ Präsident, hat damit Lust bekommen; es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Amerikaner jetzt einen Kompromiß durchsetzen werden, den sie schon früher geplant: nämlich Rücktritt des Präsidenten und Zusammenberufung des Kongresses (der Volksvertretung), der eine neue Präsidentenwahl vornehmen soll. —

Parteinachrichten.

Die 42 Gemeindevorstände der Umgegend von Dresden, welche die bekannte Petition, die sich gegen angebliche sozialdemokratische Ausschreitungen wendet, unterzeichnet haben, dürfte bald ein Grauen erfassen ob ihres eigenen Nachwerks. Der eine, der Gemeindevorstand von Pieschen, hat bereits reumüthig gebekhtet und die andern werden, gedrängt von dem Beweise fordernden Gemeinderaths-Mitgliedern, wohl auch bald umfallen. Als eine weitere Folge der samosen Petition ist nachstehendes anzuführen: Der Ober-Bürgermeister von Chemnitz, Dr. A. Udras, äußerte bei Berathung derselben in der I. sächsischen Kammer, es sei notwendig, die Strafen in der Umgegend großer Städte mit größter Rücksichtlosigkeit von dem Streikenthum zu befreien. Da es sich in jener Berathung lediglich um „sozialdemokratische Ausschreitungen“ handelte, so protestirten die Chemnitzer Arbeiter gegen die Annahme, als ob durch sie die Strafen der Umgegend in einer Weise unsicher gemacht würden, wie es nach jener Aeußerung des Oberbürgermeisters erscheinen könnte. Sie wollen bei den Gemeinderäthen der Chemnitzer Umgegend Resolutionen einbringen, in denen gegen jene Annahme energisch Widerspruch erhoben wird.

Die österreichische Parteileitung hat auf den 25. März nach Wien einen Parteitag einberufen, dessen vollständige Tagesordnung wir Morgen veröffentlichen werden. Wir heben heute nur den Punkt hervor: Das allgemeine Wahlrecht und der Generalkreik. Wir sind überzeugt, daß der Parteitag von großer Bedeutung für die Entwicklung der österreichischen Bruderpartei sein wird. —

Polizeiliches, Gerichtliches u. c. — Auch ein Grund. Für den letzten Sonntag war in Weisbach (Westfalen) eine öffentliche Versammlung einberufen. Dieselbe dürfte aber deshalb nicht tagen, weil, wie dem Einberufer bei der Anmeldung bedeutet wurde, man für diesen Tag keinen Beamten zur Ueberwachung zur Verfügung habe. — Die dortigen Genossen werden ja sehr erfreut gewesen sein über die jarte Rücksichtnahme der Behörde, die es nicht glaubte verantworten zu können, eine Versammlung ohne ihren „Schutz“ tagen zu lassen oder sollten sie, wie wir zu der frevelhaften Ansicht gelangt sein, daß man sich ohne diesen polizeilichen „Schutz“ ebenso gemüthlich fühlen könne?

Briefkasten der Expedition.

H. M., Hannover. Inserat kostet 4,20 M. netto.
G. Müller, Goldblauer. Die Zeitungen für die Postabonnenten werden von uns so zeitig zur Post gebracht, daß dieselben mit den ersten Bogen expedirt werden können. Bekamern Sie bei dem dortigen Postamt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 1. Februar. Opernhaus. Keine Vorstellung. Schauspielhaus. Die gelehrten Frauen. Der eingebildete Kranke. Lesing-Theater. Madame Sans-Gêne. Deutsches Theater. Der Herr Senator. Berliner Theater. Aus eigenem Recht. Wallner-Theater. Geschlossen. Friedrich-Wilhelmstäd. Theater. Der Lieutenant zur See. Residenz-Theater. Lolotte. Der Muttergatte. Neues Theater. Sifela. Central-Theater. Herr Coulisset. Berlin 1893. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz-Theater. Die Mörder. National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin. American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Theater Unter den Linden. Der Obersteiger. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Doppelporstellung zu einfachen Preisen. Novitäten! Charley's Tante. Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Basse. Regie: Max Samst. Musik von Adolph Wiedede. Vorher:

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedede. Regie: Max Samst. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag Nachm. 3 Uhr. Volksvorstellung: Wilhelm Tell.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55. Jeden Abend 8 1/2 Uhr: Lumpensusanne

Die Obdachlosen von Berlin.

Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Winkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen. Franziska Häser. Die Bombe, Aftervermietherin im Winkel des "Sonnenaufgangs". Josephine Delclissour. Braunwald — mit bewegter Vergangenheit. Martin Bendix. Täglich: Auftreten des besten Baugredners d. Jetztzeit

H. Blank.

Ferner u. a.: „Direktor Hippe“ von Martin Bendix. Auftr. sämtl. Spezialitäten. Anfangs Woche 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Akt. u. größt. Etablissement. Neues Programm. Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert D. Obenlander

in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten

I. Ranges.

Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Deigmälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verlost wird. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. Zum 5. Male: Herr Coulisset.

Schwank in 3 Akten v. Blum u. Lohé. Hierauf zum Berlin 1893. Revue in 2 Akten von L. Leipziger. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert. Ein Stiergeficht in Cadix. Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime, ausgeführt von den spanischen Clowns Hermandos. Neu! Fr. Elsa Zeller, Kostüm-Soubrette. The Willon's, Doppel-Jongleure. Geschw. Glaser, Gesang- u. Instrument-Duettskinnen. Anfang: Sonntags 8 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

Adolph Ernst-Theater.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi.

Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Gaal, ohne Extra-Entree: Nord und Süd, Liederspiel von R. Lindere. Auftreten sämtl. Spezialitäten.

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

„Sanssouci“

Kottbuserstr. 4a. Donnerstag, den 1. Februar cr.:

Stettiner Sänger

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Große Uff-Programm Zum Schluß neu (höchster Lacherfolg): Eine Soiree bei Lehmann's. Gr. parodistisches Ensemble von Weyfel. Freitag: Viktoria-Frauerri.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Donnerstag, den 1. Februar cr., Abends 7 1/2 Uhr:

100 Pferde in der Manege. U. a.: Der ostpreuss. Hengst Blondel und Monstro-Tableau v. 60 Pferden, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Die Post, mit 12 Pferden geritten von Herrn Gustav. Cromwell und der Steiger Alep, geritten v. Fr. Oceana Renz. Pas de deux, geritten v. Miss Rose und Mr. Franconi. Zum 1. Male: Fr. Krembsler als Jongleurin zu Pferde. Die Akrobaten auf dem Telephondraht Zalva, Espana und Alvar etc.

Ein Künstlerfest.

Vollständig neue Ausstattung. Neue Entlagen. Ueberraschende Wasser- und Lichteffekte. U. a.: Signorina Barotti, die kleinste Solotänzerin der Welt. Preis wie gewöhnlich. Der Circus ist gut geheizt. Freitag: Wiederholung der Parade-Festvorstellung vom 27. Januar. Fr. Renz, Direktor.

Homöopath.

Arzt Dr. Bösch, Viniensstraße 149, 8-10, 15 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer u. Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Kenntnissnahme, daß unser Kollege Robert Weissenborn am letzten Sonntag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Februar, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Nazareth-Kirchhofes in der Seefraße aus, statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied August Kutning am Montag, den 29. Januar, verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Nixdorf aus statt. Zu zahlreicher Theilnahme wird hiermit eingeladen.

Der Vorstand der Maschinisten und Heizer Berlins.

Rixdorf Wiersing's Restaurant.

Knesebeckstr. 77. Grosse geräumige Lokalitäten. Gute Speisen u. Getränke. Kaffeehäuser. Jeden Sonntag: Familienball. Für große Gesellschaften von Begräbnissen, Parthien etc. ganz besonders empfohlen.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.) Neu! Echt Berliner Blut. Posse mit Gesang und Tanz. Nenes Riesen-Programm. Wochentags 15 Pfg. Entree. R. Winkler.

Concordia-Festsäle

C. Saeger, 64. Andreasstraße 64. Heute, Donnerstag, 1. Februar: Grosse Soirée der Norddeutsch. Sänger. Ausgewähltes Programm. Nachdem: Familien-Kränzchen. Familien-Billets und Passapartouts haben Gültigkeit. Anfang 8 Uhr. 65/15 C. Saeger.

Hier noch kurze Zeit! Präuser's anat. Museum.

Neu: Kehlkopf-tuberkulose, Kehlkopf-polyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten. Schnitzkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf, täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für Damen.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Donnerstag, den 1. Februar cr., Abends 7 1/2 Uhr:

Große Brillant-Vorstellung.

Hervorzuheben: Unsere Marine, oder: Die lustigen Burschen von der Flotte. Großes Ballet-Divertissement, arrangiert vom Balletmeister Herrn R. Riegel. Das Schulpferd Albion, geritten von Herrn Adolf Schumann. 3. 1. M.: Gastauftreten der aus 5 Personen bestehenden Gymnastiker-Truppe Benedetti.

Zum 1. Male: Das lebende Karouffel, große Sensationsnummer. Das Apportpferd Said vorgeführt von Herrn Max Schumann.

Zum Schluß der Vorstellung: Die Fuchsjagd bei Bolton.

Hochinteressantes Jagdbild. Die Jagd geht über bedeutende Hindernisse. Theilnehmer der Jagd: 40 Damen und Herren mit englischen Halb- und Vollblutpferden. Tausendlinge: La Postillone-Mazarke, arrangiert vom Balletmeister R. Riegel, getanz vom Corps de ballet. Außerdem Auftreten der besten Artisten, Damen sowie Herren. Morgen Freitag: Wiederholung der mit großem Beifall aufgenommenen Klown- und Benefiz-Vorstellung des Original-Klowns William Olschansky. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1893/1894. Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Ost-Schule. Markusstr. 31.
Montag	Gefeheskunde.	Gefeheskunde.
Dienstag	*Raum. Rechnen, Korrespondenz.	Deutsch (unt.).
Mittwoch	Gefehes (mittl.).	Logik.
Donnerstag	Deutsch (unt.).	Erste Hilfe bei Unglücksfällen.
Freitag	Erste Hilfe bei Unglücksfällen.	Gefehes (mittl.).
do.	*Buchführung.	Rechnen (unt.).
Sonntag	Deutsch (ob.).	Buchführung.

Südost-Schule. Reichenbergerstr. 133.

Montag	Deutsch (unt.)	Donnerstag	*Raum. Rechnen, Korrespondenz.
Dienstag	Mathematik.	do.	Gefehes (alte).
Mittwoch	Rechnen.	Freitag	*Gefeheskunde.
do.	Deutsch (ob.).	do.	*Buchführung (doppelte).
		Sonntag	Gesundheitslehre.

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppelmäume erteilt.

Für alle drei Schulen an jedem Sonntag von 9-11 Uhr: National-Oekonomik im Arbeitsnachweis der Hausdiener u. Packer, Neue Grünstr. 10 I. Die Theilnahme an dem Unterricht der ersten Woche im Semester steht Jedem, auch Nichtmitgliedern, unentgeltlich frei.

Für sämtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist. Beitrag 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur Arania à 25 Pf. (welch letztere dann nur eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

S.	C.
Börner, Ritterstr. 108.	Wernau, Rosenstr. 30.
Schönung, Stallschreiberstr. 29.	N.
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.	Nordschule, Müllerstr. 179a.
*Schulz, Admiralsstr. 40a.	Gnadt, Schweinmünderstr. 120.
Grube, Mariendorferstr. 10.	*Gleiner, Müllerstr. 174.
Windhorst, Junkerstr. 1.	NO.
*Ostschule, Markusstr. 31.	*Gumpel, Barnimstr. 42.
Ungering, Breslauerstr. 27.	NW.
454/14	Vogtherr, Stephanstr. 27a.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, 4. Februar, Vorm. 9 1/2 Uhr, (Eröffnung 10 Uhr): Außerordentl. Generalversammlung

im Königstadt-Basino, Holzmarktstr. 72 (in der Nähe der Jannowitzbrücke). Tages-Ordnung: 1. Antrag Wagner: Auflösung der Schule vom 1. April. Neugründung in anderer Form. 2. Antrag Flakow und Genossen: Reorganisation der Schule vom 1. April (Fortfall des Elementar-Unterrichtes). Die Schulen bleiben Sonntag geschlossen. Mitgliedsarten sind mitzubringen. Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher Bauarbeiter Berlins am Sonntag, 4. Februar, Vorm. präzis 11 Uhr, in Scheffer's Lokal, Inselstr. 10.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. med. Heymann über: Die Nervenschwäche des Menschen und die moderne Gesellschaftsordnung. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Vertrauensmanns H. Giese über die Listen zwecks Eintragung der rückständigen Agitationsgelder. 4. Verschiedenes. 126/18 Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.

Friedrichsberg.

Große öffentliche Kommunal-Wählerversammlung

am Sonntag, 4. Februar, Vorm. 11 Uhr, bei Spitzig, Frankfurter Allee 133. Tages-Ordnung:

1. Vortrag über die Bedeutung der Gemeindeberathswahl. Referent Genosse F. Berndt. 2. Bericht des bisherigen Gemeindevertreters O. Schultze. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 339/16 Die Vertrauensperson.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW, Beuthstrasse 2.

Eobien ist erschienen:

Sozialdemokratie

und Antijemitismus.

Von A. Bebel.

Preis 20 Pf. Wiederverkäufer hohen Rabatt. (Bei Einzelbestellungen bitten wir 3 Pf. für Porto beizulegen.)

Die höchst zeitgemäße und von Seiten der Genossen längst erwartete Schrift empfehlen wir zur Massenerbreitung an gelegentlich.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

89. Sitzung vom 31. Januar 1894, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: von Böttcher, Graf Posadowsky, Niederding.

Eingegangen ist die Vorlage betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches wird fortgesetzt.

Abg. von Frege (nl.): Es muß eine definitive Ordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten eintreten, damit endlich eine definitive Ordnung der Finanzen in den Einzelstaaten möglich werde. Man kann heute doch wahrhaftig nicht mehr davon reden, daß auch die breite Masse des Volkes die Staats- und Reichslasten trage, daß die oberen Zehntausend und auch die mittleren Klassen sich von ihrer Verpflichtung zu drücken gewußt hätten. Heute ist durch die Reform der direkten Einkommensteuer in Preußen und Sachsen die Hauptlast gerade auf die mittleren Klassen gelegt; nicht mehr liegt sie auf den Arbeitern, denen gerade durch die neueste Gesetzgebung eine Menge Erleichterungen und Bevorzugungen zu Theil geworden sind. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Gerade der ferneren Ueberlastung des Mittelstandes müssen wir jetzt den größten Widerstand entgegensehen; in dieser Beziehung befindet sich nicht vollständig im Einklang mit dem Abg. Förster. Nehmen Sie dies Finanzgesetz ab, dann wird in den Einzelstaaten die Frage erzwungen werden müssen, ob man nicht den Erlass der untersten Stufen der Einkommensteuer wieder rückgängig machen sollte; dann dürfen die unverheirateten jungen Burschen, welche bis 900 M. Einkommen haben, steuerfrei bleiben, während der einige Mark mehr verdienende verheiratete Arbeiter mit einer großen Familie zur Steuer herangezogen wird. (Sehr richtig! rechts.) Zu welchen Mißverhältnissen führen die Schwankungen in den Ueberweisungen und den Matrikularbeiträgen in den Einzelstaaten, welche mehrjährige Budgets haben, wie Sachsen, Bayern, Württemberg. In Mecklenburg wird durch die Verwerfung der Vorlage zu einer Erhöhung der Einkommensteuer um 40 Prozent geschritten werden müssen. Ob das Gesetz gerade mit der Summe von 40 Millionen angenommen wird, ist eine Frage zweiten Ranges; es kommt vor allem auf das Prinzip an. Nehmen Sie das Gesetz ab, so wird und muß es wieder kommen, bis es angenommen ist. Im vorigen Sommer wäre es richtiger gewesen, die Deckungsfrage nicht zu verschleppen. Wenn alles nichts hilft, wird man sich nur noch in Friedrichshagen Rath's holen. (Lachen links.)

Präsident v. Leschnow: Der Vorredner hat sich im Verlauf seiner Rede eines Vergleichs mit Bezug auf ein anderes Mitglied des Hauses (Nichter) bedient, den ich für parlamentarisch nicht halte.

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Nach der feierlichen Erklärung des Abg. Lieber gebe ich die Hoffnung noch nicht auf, daß wir im Verein mit dem Zentrum noch in dieser Session uns über die Vorlage verständigen werden. Der Abg. Nichter hat bestritten, daß auch nur eine Versammlung, ein Verein sich für die Vorlage ausgesprochen habe. Ich darf doch nur auf die Thatsache verweisen, daß drei große Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses sich dafür ausgesprochen haben. Die Handelskammer zu Köln ist für die Besteuerung eingetreten; deren Zeugnis aber wird hier in Bezug auf seinen Werth und seine Wahrhaftigkeit in Zweifel gezogen. Ebenso ist man seitens der Bürger im Saale und Unkruthale für die Besteuerung eingetreten. (Zwischenruf: Da wächst ja gar kein Wein!) Es ist dort wohl eine Weingeist-, und die Schaumweinfabrikation dort sehr umfangreich. (Gelächter links.) Man hat dann gestern wieder gesagt, die Hauptausgaben des Reichs seien durch Militär und Marine verursacht. Ja, auch die verbündeten Regierungen würden es vorziehen, diese ungeheuren Summen lieber für Kultur- und humanitäre Zwecke zu verwenden; glauben Sie das nicht? (Auf links: Nein!) Wir sind dazu geneigter durch die sorgföhrlichen Rüstungen der anderen europäischen Staaten und durch unsere Lage im Herzen Europas, daran können wir nichts ändern. Die 114 Millionen sind doch noch nicht da, sondern sollen sich erst allmählich sammeln. Die Steigerung der Reichsausgaben für die Invaliditäts-Versicherung allein wird in derselben Zeit 80 Millionen betragen. Die gesammelten festen Mehrausgaben, die den 114 Millionen gegenüber stehen, belaufen sich nicht auf 88, sondern auf 41 Millionen; dazu kommen 10 Millionen weiterer Kosten aus Anlaß der Heeresvermehrung, macht 51 Millionen. Bleiben also schließlich pro Jahr nur etwa 12 Millionen für alle Mehrausgaben des Reichs in diesen 5 Jahren. Aber in der damaligen Kommission hat das Reichshochamt schon gesagt, daß von den 114 Millionen nur 70 Millionen als sicher anzusehen seien. In diesem Rechnungsjahr haben wir alles in allem mindestens ein Defizit von 7 1/2 Millionen, also schon 3 Millionen mehr als die sichere Steigerung der Einnahmen nach fünf Jahren betragen würde. Die Frage der Schuldenentlastung, wie sie in der Vorlage in Angriff genommen wird, ist keine Spielerei, kein Kunstgriff, sondern der wirkliche Anfang einer regelmäßigen Schuldentilgung. Sehr fraglich ist es uns, ob die wechselnde Majorität der Parlamente höhere Garantien für eine geordnete Finanzverwaltung bietet, wie der alte absolutistische Staat Preußen, dessen Finanzverwaltung eine musterhafte war, die noch heute als Vorbild dasteht. (Zustimmung rechts. Hört! hört! und Bewegung links.) Die Vorlage ist tot, hat Herr Nichter gerufen. Wenn Sie sie auch in eine Kommission verweisen, sie begraben einen Scheintoten; die Vorlage wird wiederkommen (Zustimmung rechts, Heiterkeit links; Auf links: Er sieht Gelpensier!). Wir sind nicht entnervt, wir sind im Gegentheil mit Vertrauen in die Zukunft erfüllt, die Sache wird wiederkommen und zwar aus dem Reichstage, sie wird sich durch ihr eigenes Schwergewicht wieder zur Geltung bringen! (Beifall rechts.)

Abg. Schäfer (3.): Wir bayrischen Zentrums-Mitglieder stehen voll und ganz auf dem Boden der Lieber'schen Erklärung, der Gegensatz zwischen Herrn Lieber und Herrn Wachen ist nur für die verbündeten Regierungen, nicht für uns vorhanden, die Freude über eine solche Dissonanz nicht zutreffend. Wir halten fest an der Clausula Franckenstein in ihrer staatsrechtlichen, ihrer politischen Bedeutung. Wenn ich mich für verpflichtet halte, mitzuarbeiten an der Bekämpfung der Kosten für die Militärvorlage, so geschieht das unter dem Gesichtspunkte, daß nichts mehr bewilligt wird, als was zu diesem Zweck nöthig erscheint, und damit fällt für mich auch die Reformvorlage.

Herr Miquel hat gestern früh ausgesprochen, man sei jetzt mit der Heeresvermehrung in der Hauptsache am Ende; ein schönes Wort — die Volkspartei hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ob man auch mit der Marinervermehrung am Ende ist, hat Herr Miquel nicht gesagt. Heute äußerte sich der Schatzsekretär bezüglich des Heeres nicht ganz entsprechend der Erklärung des Finanzministers von Preußen; unsere Rüstungen seien die Konsequenz der Rüstungen der Nachbarstaaten. Andererseits sind doch unsere Rüstungen auch die Ursache der Verstärkung der Rüstungen der Andern; wo soll denn das schließlich hinaus? Man will geordnete Finanzverhältnisse. Wer aber hat

den Wirrwarr geschaffen? Das haben die verbündeten Regierungen mit ihren Forderungen an das Reich gethan. Eine Erhöhung der Matrikularbeiträge würde mich nicht schrecken, die Verantwortung dafür fällt auf die Regierung, welche gegen den ausgesprochenen Willen des weitestgehenden Theiles des bayerischen Volkes für die Militärvorlage eingetreten ist. Offenlich werden die Einzelregierungen dadurch künftig vorsichtiger werden und nicht mehr so schnellfüßig für neue Belastungen zu haben sein. Für eine Reform der direkten Steuern sind wir in Bayern bereits mit einem besonderen Antrage eingetreten. Herr Miquel meint, die Steuern seien nicht im Verhältnis zu den Ausgaben gewachsen; ich ziehe daraus den Schluß, daß die Ausgaben eingeschränkt werden, daß man sich nach der Decke strecken müsse, nicht aber, daß man nun eine Steuererhöhung eintreten lassen müsse. Wir müssen kommen zu entscheidender Sparsamkeit und zu ganz entschiedenen Abstrichen besonders auf dem Gebiet des Militärs und der Marine!

Abg. Böttcher (nl.): Gewiß sind wir alle bereit, mitzuwirken bei den Bemühungen, dem Prinzip der Sparsamkeit zu seinem Rechte zu verhelfen; aber damit werden doch die erforderlichen Mittel nicht gewonnen. Ich habe für mich und meine Freunde zu erklären, daß auch wir heute auf dem Boden der Franckenstein'schen Klausel stehen. (Hört! hört! im Zentrum) aber darum treten wir für die Vorlage ein, denn sie soll erst die Franckenstein'sche Klausel für die Zukunft erhalten. (Widerstand links.) Verlassen aber wird das System der Franckenstein'schen Klausel von ihren Vätern, am feierlichsten von Herrn Wachen. Ein bestimmtes Maß indirekter Steuern auszustellen, über welches hinaus unter keinen Umständen gegangen werden dürfe, ist bei uns eine reine Unmöglichkeit. Ich bin deshalb kein unbedingter Freund der indirekten Steuern, möchte im Gegentheil die Salzsteuer gern beseitigen; aber jeder direkten Steuer mit ihrem brutalen Zwang ziehe ich eine indirekte Steuer auf einen Verbrauchsgegenstand vor, der nicht zu den notwendigen Nahrungsmitteln gehört. Wenn man absichtlich das Steuersystem so konstruieren will, daß die bestehenden Klassen vorzugsweise davon betroffen werden, so wird das weder die Zufriedenheit in den Staatseinrichtungen, noch die Freude an ihnen bei der Gesamtheit der deutschen Bevölkerung vermehren. Geht Herr Wachen mit dieser Absicht an's Werk, so wird etwas Erpressliches dabei nicht herauskommen. Für eine bewegliche Steuer im Reich würde ich an der Seite des Herrn Nichter eintreten, wenn wir damit das Budgetrecht des Reichstags festlegen können. Wir hoffen, daß in der Kommission über die Vorlage eine Verständigung gewonnen werden wird.

Abg. von Stamm tritt den Abgg. Nichter und Wachen entgegen. Die indirekten Steuern seien in der That in ihrer Ausbildung neben und hinter den gesteigerten Ausgaben des Reichs zurückgeblieben. Eine ungleichmäßige Belastung oder gar eine Ueberlastung der unteren Klassen in Preußen mit indirekten Steuern werde zwar behauptet, eine genaue Prüfung des Aufkommens an direkten Steuern von den Begünstigten beweise aber das Gegenteil. Die Tabaksteuer ist in ganz eminentem Sinne des Wortes eine Luxussteuer und also das Ideal einer Steuer. Herr Nichter, Herr Wachen wollen die Kosten der Militärvorlage auf die höheren Einkommen legen, das Zentrum lehnt aber doch die Reichs-Einkommensteuer ab. Das Zentrum arbeitet durch diese Haltung den Sozialdemokraten in die Hände.

Abg. Fuchs (3.): Wir werden höchstens erreichen, daß in der Hauptsache die Mehrkosten für die Heeresvermehrung bewilligt werden. Die Möglichkeit, spätere Mehrausgaben des Reichs auf dem Wege der Einführung direkter Reichssteuern zu decken, wird durch die Vorlage für immer ausgeschlossen. Die Schwierigkeiten der Finanzlage des Reichs sind nicht geschwunden, sondern haben sich lawinenartig gehäuft; ich spreche mich deshalb, denn ich betrachte diese Schwierigkeiten als eine Bremse gegen künftige Mehrausgaben für Militär und Marine. Wenn man außerdem mit fester Hand an die Streichungen im Etat geht, so wird Besserung eintreten.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Steuerkommission überwiesen.

Die Vorlage über die Abänderung des § 41 der Konkursordnung, betreffend das Vorecht des Vermiethers, deren erste Berathung bereits stattgefunden hat, wird heute mit den inzwischen dazu eingegangenen Anträgen Ninkens, von Suchta und Schwarz an die Kommission für den Zentrums-Antrag auf Abänderung der Konkursordnung überwiesen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Lesung der Novelle zum Unterstuhungswohnst. Gesetz, Anträge aus dem Hause.)

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 31. Januar 1894, 11 Uhr.

Am Ministerstische: Miquel, v. Heyden, v. Schelling und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Staatshaushalts-Etats wird fortgesetzt und zwar beim Etat des Finanzministeriums.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt; ebenso von den Beförderungen des Ministeriums die des Ministers und des Unterstaatssekretärs.

An die Ausgaben für die Direktoren und Räte knüpft sich die Debatte über die Dienstaltersklassen, welche für diese Beamtenklassen bei allen Behörden eingeführt werden sollen und über welche eine dem Etat des Finanzministeriums beigefügte Denkschrift, worüber der Berichterstatter der Budgetkommission Abg. v. W. Leuten berichtet, Auskunft giebt.

Abg. Kraß (l.) beklagt, daß das System der Dienstaltersklassen nicht auf alle richterlichen Beamten ausgedehnt werde. Es war ein Wunsch, dem Hause eine Resolution vorzuschlagen, in welcher der Wunsch ausgesprochen werden würde, das System der Dienstaltersklassen baldmöglichst auf die Richter auszuweiten und zu dem Zwecke die nöthige Gesetzesvorlage dem Hause zu machen und zugleich einen Plan vorzulegen, mittels dessen das Haus die finanzielle Wirkung übersehen könnte.

Abg. Nisselmann (l.) beklagt, daß die Professoren der Forst-Akademien zu Oberswalde und Münden von der Regulierung der Gehälter nach Dienstaltersstufen noch ausgeschlossen seien.

Gehheimer Ober-Finanzrath Lehner: Alle Beamte der hierher gehörigen Kategorien gleichzeitig zu bedenken, wäre sehr wünschenswerth; aber es ist unmöglich gewesen, wenn man eine gleichmäßige Behandlung durchführen will.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Strombeck erklärt der Geh. Ober-Finanzrath Lehner, daß die Dienstaltersstufen für verschiedene Beamte verschieden sein müßten, weil ein größerer Betrag als bisher nicht aufgewendet werden dürfte; das Höchstgehalt dürfte also nicht erhöht werden und müßte in derselben Zeit erreicht werden wie bisher. Dadurch entfällt die Verschiedenartigkeit, die bei den Unterbeamten nicht nöthig war, weil die Verhältnisse dort gleichmäßiger sind.

Auf eine Anregung des Abg. Sattler (nl.) erklärt der Geh. Oberfinanzrath Lehner, daß es vermieden werden soll, daß ein Beamter, der in eine andere Klasse versetzt wird, ein niedrigeres Gehalt bezieht als vorher, weil das niedrigste Gehalt der betreffenden Klasse niedriger ist als das Gehalt,

welches er in seiner früheren Klasse bereits bezog. Es ist b^e stimmt, daß er mindestens sein bisheriges Gehalt weiter beziehen soll. Aber dadurch wird in den Rangverhältnissen nichts geändert.

Darauf wird der Titel genehmigt, ebenso die übrigen Ausgaben für das Ministerium; darunter befindet sich auch der Titel, bei welchem die Aversifikation des Porto in Dienstangelegenheiten in Gestalt einer Minderausgabe zuerst in Erscheinung kommt. Das Haus stimmt durch Genehmigung dieses Titels der Porto-Aversifikation, für welche eine Summe von 600.000 M. ausgeworfen ist, zu.

Die übrigen Ausgaben werden ohne Debatte bewilligt. Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich Kosten für den Umbau der königlichen Theatergebäude in Berlin, Hannover und Kassel, zusammen 565.847 M.

Abg. v. Gubern (natl.) hält die Ausgaben für sehr bedeutend bei der schlechten Finanzlage, zumal die Rechtsfrage nicht ganz sicher entschieden sei, daß die Theatergebäude nämlich Eigentum des Staates seien.

Finanzminister Miquel: Wir sind darüber gar nicht im Zweifel, daß der Kronsfideikommiss-Fonds nicht verpflichtet ist, das Gebäude in Dach und Fach zu unterhalten, also eine Ausgabe zu leisten, die nicht zum Betriebe des Theaters gehört. Das Gebäude ist vom hannoverschen Staat an den preussischen Staat gefallen. Daraus haben wir Veranlassung genommen, das Gebäude den polizeilichen Anforderungen entsprechend herzustellen. Aber wir lehnen es ab, daß daraus die Verpflichtung hergeleitet wird, das Gebäude in alle Zukunft zu unterhalten und für den bestimmten Zweck zu erhalten.

Abg. Stengel (l.): Bedauerlich ist, daß wir die Ausgaben zu machen gezwungen sind, weil die Theatergebäude Eigentum des Staates sind.

Abg. Sattler (natl.): In Bezug auf die letzte Äußerung des Finanzministers möchte ich doch Verwahrung einlegen. In Hannover ist man anderer Ansicht. Ich will nicht weiter darauf eingehen, sondern nur hervorheben, daß aus den Verhandlungen mit dem Hausministerium hervorgeht, daß die Krone wenigstens eine moralische Verpflichtung anerkennt, den Theaterbetrieb fortzuführen.

Finanzminister Miquel: Wenn auch die Krone eine solche moralische Verpflichtung für den Betrieb des Theaters anerkennt, so folgt daraus noch nichts für eine Verpflichtung des Staates.

Die einmaligen Ausgaben werden nach einer kurzen Bemerkung des Abg. v. Buch (l.) genehmigt.

Es folgt der Etat der Geflügelverwaltung.

Nach längerer Debatte über die Rörordnung u. dgl. wird **Abg. Sattler (natl.)** auf den Spielprozess in Hannover hin, welcher ergeben habe, daß bei den Rennen die Spielwuth sich entfalte, sodas man sich fragen müsse, ob der Staat nicht durch Befestigung des Spiels eine schwere Schuld sich auflade; denn bei vielen Fällen von Veruntreuungen u. s. sind die Rennplätze der Anlaß zu dem wirtschaftlichen Ruin der betreffenden Personen geworden. Gerade im preussischen Staate sollten die erlassenen Vorschriften doch beachtet werden. Die Buchmacherei ist verboten, aber sie besteht offenkundig. Der Totalisator ist vom Ober-Verwaltungsgericht als Glücksspiel bezeichnet; mehrere Jahre lang hat man den Betrieb eingestellt, dann hat sich die Verwaltung veranlaßt gesehen, ihn wieder zu gestatten. Man sagt: ohne Totalisator kein Rennen und keine Vollblutzucht, kein gutes Militärpferd. Das ist ein Trugschluß, denn die Kriege vor 70 sind geführt mit einem Pferdematerial, zu dessen Erzeugung kein Totalisator nöthig war. (Heiterkeit.) Sachverständige allerersten Ranges erkennen auch einen solchen Zusammenhang zwischen Rennen und Pferdezucht nicht an, ja sie meinen, daß eine allzu große Betonung dessen, was auf dem Rennplatz erforderlich ist, die Zucht in eine falsche Richtung treibt. Sobald die Spielsucht nicht mehr gefördert würde, würde der Zusammenstoß bedenklicher Elemente bei den Rennen aufhören. Für die Spielsucht hat der Staat nicht zu sorgen, deswegen bin ich kein Gegner der Lotterie gewesen. Die Spielsucht muß energisch unterdrückt werden. Herr von Kröcher, der jetzige Referent der Budgetkommission, hat dieselben Ausführungen schon 1880 in beredter Weise gemacht und seine Parteigenossen haben sich ihm angeschlossen. Ich kann daher nur dringend der Regierung meinen Wunsch ans Herz legen. (Beifall.)

Geh. Rath Hermes erklärt, daß der Buchmacherei nachgestellt werde. Vom Polizeipräsidium seien Verzeichnisse der Leute, welche deswegen bestraft sind, aufgestellt worden, aber nur bei dringendem Verdachte sind die Polizeibeamten zum Einschreiten befugt. Bezüglich des Totalisators besteht kein Widerspruch zwischen der Rechtsprechung und Verwaltung. Moralische Bedenken stehen dem Totalisator entgegen, aber sie lassen sich nur dann ganz unterdrücken, wenn man alle Rennen verbietet; das wäre aber ein Nachtheil für die Pferdezucht und für den gesunden Rennsport. Wollte man den Totalisator verbieten, so würde damit nur die Buchmacherei gefördert werden, das zeigte sich in der Zeit, in welcher der Totalisator nicht gestattet war. Es hat eine Beschränkung des Verkehrs am Totalisator stattgefunden; den kleineren Rennplätzen ist er ganz entzogen, bei den größeren Plätzen ist die Zahl der Totalisatororte beschränkt. Daraus entstand eine Verminderung des Umsatzes von 24 auf 11 bis 13 Millionen Mark. Nur die Einnahmen aus dem Totalisator haben es den Rennvereinen ermöglicht, die Rennen aufrecht zu erhalten. Die Staatsfonds zur Unterstützung der Rennen sind sehr klein. Frankreich hat einen doppelt so hohen Fonds und aus dem Totalisator werden den Rennen 6 Millionen Franzos zugewendet, was dahin geführt hat, daß Frankreich aus einem pferdeunfähigen ein pferdeausführendes Land geworden ist. So lange die moralischen Folgen nicht sehr bedenklich erscheinen, sollte man nicht zur Beseitigung einer Einrichtung schreiten, die die Mittel zur Förderung des Rennsports liefert, die sonst aus Staatsmitteln von den Steuerzahlern gedeckt werden müßten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bokelberg (l.) meint, daß man einiger unliebsamen Folgen wegen die Rennen nicht verurtheilen solle. Denn Rennsport kann nur gedeihen unter den Strahlen einer goldenen Sonne. Ein Verbot der Wetten würde dem Rennwesen den Todesstoß versetzen.

Abg. Sattler (natl.): Daß die alten Deutschen auch gewettet haben, daß sie sich dabei manchmal sogar zur Sklaverei entschlossen haben, ist richtig, aber das gehört doch nicht zum deutschen Charakter. Daß die Rennplätze zur Spielsucht anzuregen haben, ist doch erwiesen. (Widerstand rechts.) Wenn nur eine geringe Zahl von Buchmachern bestraft ist, so liegt das an der lazen Handhabung des Verbots. Die Beschränkung der Totalisatororte ist erfindlich; aber daß an diesen wenigen Tagen 11 Millionen im Spiel umgesetzt wurden, ist doch bedenklich. Wenn der Totalisator verboten würde, so müßten wir die für die Pferdezucht erforderlichen Mittel von Staats wegen gewähren. Uebrigens will ich feststellen, daß nicht alle meine Freunde mit mir übereinstimmen.

Abg. v. Waldow (l.) hält den Totalisator für bedenklich und nur für einen Nothbehelf, um die fehlenden Mittel zu beschaffen. Die Regierung sollte die Totalisatororte so einschränken, daß nur das herauskommt, was zur Erhaltung der Rennen nöthig

wendig ist. Aber es bleibt dabei: Der Totalfaktor ist ein Uebel. (Beifall rechts.)

Abg. v. Cramer (natl.) bekennt sich selbst als einen Sünder; er habe mehrfach den Totalfaktor benutzt und dabei viel Vergnügen gehabt. Die Ausschreitungen beim Totalfaktor sind eingeschränkt, damit man sich begnügen; wenn man die Rennplätze zu moralischen Anstalten machen wollte, dann würde die Pferdegucht dabei Schaden leiden.

Der Titel wird genehmigt. Bei den einmaligen Ausgaben bemängelt Abg. v. Pappenheim die Höhe der Bankosten und bittet die Anschläge sparsamer aufzustellen.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt. Es folgt der Etat der Forstverwaltung.

Bei den Einnahmen aus Holz fährt Abg. v. Cramer aus, daß die schlechten Einnahmen der Forstverwaltung aufgedeckt werden könnten durch eine billigere Fracht für Grubenböler aus dem Osten; dabei würde auch die Eisenbahnverwaltung einen Vorteil haben.

Abg. Müller (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an. Abg. v. Schöning (L.) bittet die Regierung, die unentgeltliche Verabfolgung von Pflanzen an kleinere Besitzer im Interesse der Landeskultur anzuordnen.

Bei den Einnahmen aus Nebenleistungen dankt Abg. v. Trott zu Holz der Regierung für Abgabe von Futter und Streu aus den städtischen Wäldungen; es sei dadurch bei der Futtermittelvertheilung worden, daß eine zu große Verminderung des Viehbestandes eintrete. Nun wird, bis neues Futter gewonnen werden kann, Stroh meist als Futter, nicht als Streu verwendet werden. Die kleinen Landwirthe werden also wieder auf die Streuermittel aus dem Walde angewiesen sein. Redner bittet, soweit dies ohne Schädigung des Waldes geschehen könnte, den kleinen Leuten möglichst entgegenzukommen.

Minister von Heyden: Ich trage Bedenken, heute eine so allgemeine Erklärung wie im vorigen Jahre abzugeben. Damals lagen die Verhältnisse schlimmer als jetzt; von einem ernstlichen Nothstande im Frühjahr kann wohl nur ein einziger die Rede sein. Wo das sich herausstellt, wird von meiner Seite eingegriffen werden. Aber die Hilfsmittel des Waldes müssen zu Rathe gehalten werden. Wenn man allen Anforderungen im vorigen Sommer hätte entsprochen wollen, dann könnte jetzt nicht mehr abgegeben werden. Der Rückgang an Viehvieh beträgt am 1. Dezember 1893 gegen das Vorjahr rund 313 000 Stück. Das ist nicht so schlimm, daß daraus Nothstände entstehen könnten. Uebrigens haben die Selbstverwaltungskörper die Erwartung, welche die Regierung auf ihre Thätigkeit in diesen Dingen gesetzt hat, vollständig erfüllt. Die von Herrn von Schöning angeregte unentgeltliche Abgabe von Pflanzen findet schon jetzt statt.

Abg. Auebel (natl.) dankt dem Abg. Trott für seine Anregung und empfiehlt der Regierung, sich darauf einzurichten, daß auch in diesem Jahre ein Nothstand eintreten wird.

Abg. Tackbach (Z.): Die Forstbeamten wahren sich gegen die Streu-Einnahme, ohne zu bedenken, daß die Benachtheiligung des Viehstandes viel bedenklicher ist. Das Wohlwollen des Ministers ist nicht bis in die untersten Instanzen hindurchgedrungen. Man hat die Entnahme von Streu in der grausamsten Weise verhindert, wo es ganz gut hätte geschehen können, namentlich im Regierungsbezirk Trier. Es sind sogar die Gemeinden in der Anwendung ihrer Waldungen beeinträchtigt worden von den Förstern, als ob der Wald dem Staate gehöre. Redner bittet um Einführung einer anderen Praxis.

Abg. v. Erffa (L.) glaubt, daß dann die Kommunalwaldungen bald ruinirt sein würden. Jetzt müsse der Staat der Eisenbahn Unterstüßungen gewähren, weil früher dort der Wald ruinirt worden ist. Besser wäre es, wenn man auch noch die Privatwaldungen unter Aufsicht des Staates stellen könnte.

Abg. Tackbach (Z.) erklärt sich gegen eine solche Ausdehnung der Staatsaufsicht und hält seine Vorwürfe aufrecht.

Ober-Landforstmeister Soumer bestrittet, daß Staatsförster die Gemeindevälder verwalten; es seien am Rhein besondere Kommunalförster angestellt, die vollen Vertrauen seitens der Gemeinden genießen.

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den Ausgaben klagt Abg. v. Deereeman (Z.) darüber, daß die Hanberge und die Gehöftschafte im Trierer Bezirk zu sehr als reinen Wald betrachtet und deshalb die Beteiligten in den Nebenleistungen derselben zu sehr beschränkt würden. Wenn sie nicht von der bürokratischen Fesseln befreit würden, würden sie bald verschwinden.

Minister v. Heyden sagt zu, die Angelegenheit noch einmal zu untersuchen.

Abg. v. Wenda (natl.) bittet um möglichst einstimmige Annahme der für die Forstkräfte vorgesehenen, schon lange verlangten Gehaltsaufbesserung.

Abg. Paasche (natl.) bemängelt die Bevorzugung des reitenden Felsjägerskorps vor den Zivilamtsärtern bei Befehung der Oberförstereinstellen und in Bezug auf die Anciennität.

Minister v. Heyden wiederholt sein Versprechen, die Dinge im Auge zu behalten; wenn die Unterschiede zu groß würden, werde er einschreiten; bis jetzt sei das noch nicht der Fall.

Abg. Hofmann (natl.) tadelt es, daß die Forst-Hilfsaufseher zu lange auf eine definitive Anstellung warten müssen.

Abg. v. Plösch (L.) schließt sich dem Vorredner an und bedauert, daß der Minister seine Zusage, schon in diesem Jahre eine Beförderung einzutreten zu lassen, nicht erfüllt habe.

Minister v. Heyden wiederholt seine Zusage vom vorigen Jahre, die in diesem Etat noch nicht erfüllt werden konnte.

Abg. Schreiber (natl.) spricht die Hoffnung aus, daß bald eine Beförderung eintreten möge.

Die Ausgaben werden bewilligt, ebenso ohne Debatte die Rente des Kronforstschützensfonds und der Zuschuß dazu. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats.)

Parlamentarisches.

Sitzung der Budgetkommission. Zu Beginn der Sitzung brachte der Abg. v. Kardorff noch einmal die im letzten Bericht erwähnte chinesische Zolldean-Anglegenheit zur Sprache, auf die der Staatssekretär des Finanzministeriums antwortete und nachwies, daß von ihm aus alles geschehen sei, was billigerweise geschehen konnte. Der Etat des Reichslangler-Amtes wurde ohne erhebliche Debatte erledigt.

Die Kommission ging alsdann zur Beratung des Etats für die Schutzgebiete über, die eine allgemeine Debatte hervorrief, die in nächster Sitzung fortgesetzt werden soll. Der Referent Abg. Prinz von Arenberg findet, daß der Etat eine wenig zufriedenstellende Gestalt angenommen habe. Es scheint, daß Tar es Salom sich zu einem Kleinpotdram auszuwickeln solle. (Große Heiterkeit.) Auch Differenzen zwischen den verschiedenen Behörden wegen der Anlegung eines Schießplatzes machten einen eigenartigen Eindruck, vorläufig sei noch der größte Theil von Afrika Schießplatz. (Allseitige Zustimmung.) Des weiteren brachte er verschiedene Erlasse des Unterregiments von Ostafrika zur Sprache wegen des Herumlauens der Hunde und über die Vorschriften an die Eingeborenen und Eingewanderten, ihnen begehrende Europäer zu grüßen. Das sei nicht mehr Militär, das sei Kommis. Schließlich kam er auf den Bericht der Missionen für die Kolonialpolitik zu sprechen und befürwortete von diesem Gesichtspunkte aus den Etat.

Gebiet der Regierungsrath Kaiser verbreitete sich des ausführlichen über die Verhältnisse in Ostafrika, die er als im ganzen günstige bezeichnete. Die kritischen Verordnungen wolle er auch nicht verteidigen, gleichwohl könne von einer Herrschaft des

Militarismus keine Rede sein. Des weiteren verbreitete er sich über die Rechtspflege, die recht weit gesichert sei als unter der Herrschaft des Kadi. Er bedauere auch, daß nicht mehr für Kulturzwecke ausgegeben werden könne, insofern sei die größte Kulturzwecke die geordnete Vermehrung der Schutztruppe (Heiterkeit). Das Hinterland zu sichern sei notwendig und erfordere große Opfer. Die Sklavensfrage betreffend, so könne zunächst nur auf Niederhaltung der Sklavensjagden und des Sklavenraubes gesehen werden, die sogenannte Hausklaverei sei vorläufig noch nicht möglich zu unterdrücken. Den Wünschen des Referenten in bezug auf die Missionen sprach er sich sehr entgegenkommend aus.

Abg. Richter: Die Kolonialpolitik fange an lächerlich zu werden. Er weist nach, daß dieselbe weit den ehemals in Aussicht genommenen Rahmen überschritten habe. Die in Aussicht gestellte wirtschaftliche Hebung der Kolonien bleibe aus. Des weiteren kritisiert er die Stellung der ostafrikanischen Gesellschaft zum Reich, der fortwährend Opfer zu gunsten derselben zu bringen habe.

Abg. Graf Arnim verteidigt die Ausdehnung der Schutzstationen bis zum äußersten Westen des ostafrikanischen Gebietes im Interesse des Handels im Kongostaat und in den westlichen Gebieten. Des weiteren befürwortet er die Anstellung sachkundiger Beamter und eine wesentliche Erhöhung der Gehälter für diejenigen Offiziere, die längere Zeit in den Kolonien bleiben, um diese zu fesseln.

Abg. Bebel ist der Meinung, daß die Resultate der Kolonialpolitik viel traurigere seien, als die größten Kolonialgegner erwarteten. Der Handel habe nicht zu-, sondern abgenommen, wie er an der Hand des Etats nachweist, und demgegenüber stehe eine sehr bedeutende Erhöhung des Reichszuschusses. Die Ausdehnung der Schutzstationen bis zum Tanganjika- und Viktoria-See sei ein Fehler, der Widerstand der Völker im Innern werde dadurch immer größer und würde ein Verlehrs in Frage gestellt, der früher fast ungehindert bestanden habe. Die ganze Kolonialpolitik leide am meisten daran, daß man ganz ungeeignete Elemente in die Verwaltung nehme, das beweise der häufige Wechsel in allen Stellen. Das offizielle Deutschland sei offenbar unfähig zu kolonisieren, so gut das deutsche Volk die Kolonisation verstehe, wie die Erfahrung zeige. Redner führt weiter aus, wie sich auch bei der Wismann'schen Expedition gezeigt hat, daß man nicht einmal verstanden habe, die notwendigen hygienischen Maßregeln zu treffen, die zum Schutze der deutschen Handwerker und Arbeiter notwendig waren. Infolge davon seien 24 pCt. der Arbeitstage zu Krankentagen bei dem Dampferbau am Nyimbi geworden. Die Stellung der Missionen, für die er nicht eintrete, sei durch die gegenwärtigen Zustände nicht verbessert, sondern verschlimmert worden. Seine abweichenden Ausführungen in der Sklavensfrage behalte er sich für später vor. Die vorgerückte Zeit gebot Abbruch der Verhandlungen.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer heutigen Sitzung das Urtheil des sächsischen Oberlandesgerichts, daß durch die eigenthümliche Anlegung, die es dem sogenannten Unschuldigkeitsgesetz gab, die Vertheilung sozialdemokratischer Druckschriften unter Strafe stellt und somit den § 48 der Gewerbe-Ordnung thatsächlich aufhebt, in Form einer Deklaration des § 361 (Unschuldigkeitsgesetz) im Reichstag zur Sprache zu bringen.

Der Abg. Auer wurde beauftragt, das einschlägige Material — die Urtheile der verschiedenen Gerichtsinstanzen und die Verhandlungen des sächsischen Landtags — zu beschaffen. Des weiteren wurde eine Kommission niedergesetzt, bestehend aus den Abg. Auer, Bebel und Schippel, welche die Deklaration abfassen und der Fraktion zur Beschlussfassung baldmöglichst vorlegen soll.

In der Sitzung der Nationalen Liberalen bei dem Etat des Reichslangler-Amtes in Aussicht gestellten Debatte über das Indigenat deutscher Fürsten — es handelt sich um den neuen Herzog von Coburg-Gotha — soll der Abg. von Coburg-Gotha die Stellung der Fraktion vertreten.

Berner beschloß die Fraktion zum Etat über die Branntweinsteuern den Antrag zu stellen, daß bei jeder Kontingentierung des berygustehenden Spiritus dem Reichstag ein Verzeichnis der Brenner, die an den Vertheilern der Bekömmung theilnehmen, vorgelegt werde. Bei der Beratung des Militäretats soll die Vorlegung einer Statistik der Selbstmorde in der Armee gefordert werden.

Lokales.

Der Fortfall des Sonntag-Unterrichts in den Fortbildungsschulen wird von der „Voss. Ztg.“ als ein tödtlicher Schlag für diese Institute bezeichnet und das Organ der patentirten Philister-Engbergigkeit bedauert aus innerer Seele, daß die Sozialdemokraten im Reichstag die Sonntagruhe ernst nehmen und gegen die Beibehaltung des Sonntag-Unterrichts stimmen werden. Es bleibt nur noch, meint das Manchesterblatt, als einziges Mittel übrig, daß der Berliner Magistrat gemeinsam mit den Magistraten anderer Städte sich zu einer That aufrafft. Man irrt sich aber, wenn man meint, daß der Magistrat etwa bei den profitwühligen Lehrplandebatten interveniren soll, damit diese in ihrer Oer noch Wehrwehr ein wenig nachlassen und den jungen Leuten die paar Stunden zum Besuch der Fortbildungsschule aus der Arbeitszeit freigegeben.

An diese doch so nahe liegende Intervention denkt die „Voss. Ztg.“ nicht. Sie hält getreu ihrer obersten Rolle als Förderin der Unternehmerrückstände die Angelegenheit für so wichtig, daß sie die bombastische freisinnige Doktrin, der Romarch stehe über den Parteien, an den Nagel hängt und den Magistrat auffordert, sich an den Kaiser zu wenden, damit dieser für die Befreiung des betreffenden Absatzes im § 120 der Gewerbe-Ordnung intervenire!

Wenn der Profit in Frage kommt, sind die liberalen Manchestermänner und ihre Anwälte immer energisch und ohne Scheu bereit, die heiligsten Doktrinen über den Haufen zu rennen.

Daran sollen sich die Arbeiter ein Beispiel nehmen und bei jeder Gelegenheit rüchhaltlos auch ihre Interessen vertreten. Selbstredend nicht auf den Wegen, die die Manchestermänner in diesem Fall wandeln.

Dem Chariteebhott hat sich die Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzuchtler Berlins in der Versammlung vom 29. Januar angeschlossen.

Ein Danaergeschenk. Dem Finanzminister Miquel, der im Reichstage dem Udermärker Tabak ein Lob gesendet hat, ist von einem Tabakindustriellen in Schwedt ein Kistchen Zigaretten zugegeben worden, die aus reinem Udermärker gearbeitet sind. Das hübsch aufgeschattete Präsent war von folgender poetischer Widmung begleitet:

„Anbei ein Gruß der Udermark;
Er ist sortirt von leicht bis stark,
Er reiner Udermärker ist er,
Bekomme's ihm gut, dem Herrn Minister!“

Finanzminister Miquel hat auf das ihm zugegangene Präsent nach Schwedt das folgende Dankschreiben gesandt:

„O. Wohlgebornen und den übrigen Herren Mitgliedern des Reichstages im Hotel „Zum goldenen Hirsche“ danke ich verbindlich für die mir durch Ueberreichung einer Probe reinen Udermärker Tabaks erwiesene freundliche Aufmerksamkeit. Es wird mir eine Freude sein, mich selbst von der Güte des aus vaterländischem Boden gezogenen und vorertheilten Gewächses zu überzeugen zu können.“

Wenn der Herr Minister etwa in den nächsten Tagen durch Unwohlsein verhindert sein sollte, an den Reichstagsverhandlungen theilzunehmen, so lennt man wenigstens die Ursache, durch die er leichtfertiger Weise seine Gesundheit geschädigt hat.

Den Betrügern mit verfälschtem Schweinefleisch will der Polizeipräsident durch eine Bekanntmachung abhelfen, wonach unter Bezeichnungen wie „Schmalz“, „Bratenfett“ oder „raffiniertes Schmalz“ hierorts nur reines Schweinefleisch verkauft werden darf. Fettgemische, die außerdem andere Fette oder Oele enthalten, müssen unter der Bezeichnung „Speisefett“ oder unter ähnlichen, keinen Verthum erregenden Namen zum Verkauf gelangen. Zuwiderhandlungen werden auf grund der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Nahrungsmittelgesetzes bestraft.

Arbeiter-Bildungsschule. Die „National-Zeitung“ weiß von der letzten Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule Einiges zu erzählen, was den Thatsachen nicht entspricht. Es sei hier nur konstatirt, daß Genosse Braun wohl die Angriffe eines Redners auf Liebknecht zurückgewiesen hat, im Uebrigen sich aber beschränkt hat, seiner persönlichen Anschauung über die Schule Ausdruck zu geben, die in dieser Sache von der des Genossen Liebknecht in wesentlichen Punkten abweicht.

Ein sogenannter „Gesamt“-Vorstand der „Freien Vereinigung der Stereotypen“ veröffentlicht im Organ des königlichen Polizeipräsidenten eine langatmige Erklärung in der Angelegenheit Schimansky kontra Geschäftsleitung der „Druckerei des „Vorwärts“, die mein Urtheil über die Unangewandtheit des Herrn Schimansky nur bestätigt.

Ich habe nicht die mindeste Veranlassung, mich mit diesem fingirten „Gesamt“-Vorstand weiter zu befassen. Ich will hier nur konstatiren, daß mein Urtheil über die moralische Qualifikation Schimansky's sich mit dem des Geschäftsperonal's vollständig deckt. Der vom Gesamtperonal gewählte Arbeiter-Ausschuß hatte seiner Zeit nach gründlicher Untersuchung der Angelegenheit den Beschluß einstimmig gefaßt, bei der Geschäftsleitung die Entlassung Sch.'s zu verlangen. Das trägt zur Klärung der Sachlage besser bei, als die Schreibereien des „Gesamt“-Vorstandes. Carl Rosen.

Sonderbar wird von den reichstreuern Bürgern das Vorgehen des Eisenbahn-Fiskus in folgender Sache gefunden. Einige Bewohner der Gartenstraße hatten seit längerer Zeit einen Strauß mit dem Fiskus zu besetzen. Bekanntlich mußte obige StraÙe wegen der Ueberschreitung der Bahngrenze tiefer gelegt werden. Hierdurch liegen nun die Bürgertheile teilweise so hoch, daß man auf Treppen heraufsteigen muß. Dieserhalb war nun beim königl. Polizeipräsidenten das Enteignungsverfahren eingeleitet und hatten sich die Ladenbesitzer, welche sich geschädigt fühlten, denselben angeschlossen. Das Polizeipräsidenten sprach ihnen auch Entschädigungen bis zu 3000 M. zu, da es als erwiesen ansah, daß infolge der Beschaffenheit der StraÙe den Geschäftsleuten Schaden erwachsen sei. Durch einen erwirkten Dringlichkeitsbeschluß wurde der Eisenbahn-Fiskus angewiesen, die Entschädigungen sofort zu zahlen. Dieser wandte sich jedoch hiergegen Beschwerde führend an den Eisenbahnminister, wurde jedoch von diesem abgewiesen, da die Entschädigungen zu Recht erkannt seien. Nun bittet dem Fiskus nichts übrig, als die Entschädigungen zu zahlen, was er auch unter Vorbehalt seiner Rechte that. Die Beteiligten glaubten nun nicht anders, als daß diese Angelegenheit erledigt sei, zum allgemeinen Erstaunen mußten sie jedoch jetzt erfahren, daß der Fiskus den ordentlichen Rechtsweg gegen sie auf Herausgabe der gezahlten Summen beschritten habe und zwar, wie aus den Klageschriften ersichtlich, mit der Begründung, daß die Entschädigungen durch das Polizeipräsidenten rechtsirrtümlich zuerkannt seien und andererseits die Geschäftsleute schon deshalb keine Entschädigung beanspruchen könnten, weil sie keinen Anspruch darauf haben, daß die Kunden zu ihnen kämen. Mit Recht darf man auf den Ausgang dieser Angelegenheit gespannt sein.

Sonderbar ist nur, daß es Leute giebt, die von der in der Wärmehallenfrage erst glänzend demonstirten Parteilichkeit des Eisenbahn-Fiskus bisher noch keinen Schimmer gehabt haben.

Im städtischen Obdach wurde vorgestern für jeden einzelnen Asylanten eine Zählkarte, ähnlich der bei der Volkszählung, ausgefüllt, um die Dauer der Obdach- und Arbeitslosigkeit des Betreffenden festzustellen. Mehrere Mitglieder des Magistrats waren anwesend. Es scheint sich hauptsächlich darum zu handeln, zu konstatiren, wer von den Obdachlosen bereits früher in Berlin feste Wohnung und Beschäftigung hatte. Die Obdachlosen, die seit längerer Zeit keine feste Wohnung mehr hatten, beugen die Befürchtung, daß die Statistik in bestimmten Fällen Material zu Ausweisungsmasregeln liefern soll.

Unsere modernen Judenfreier, die Antisemiten, erheben bekanntlich ein gewaltiges Geschrei über die im heutigen Inzeratenwesen offen zu Tage tretende Korruption und machen die Juden für alle, auf diesem Gebiete begangenen Sünden verantwortlich. Trotzdem scheuen sich unsere „Urgermanen“ nicht, selbst die schamloseste Geschäftsreflexe zu machen, sofern sie ihren Zwecken diene — Geld bringt. — Um Geld zu machen, hat so ein „Urgermane“, in dessen Atern jedenfalls „sein Tropfen jüdischen Blutes rollt“, unter dem Titel „Union-Selbsthilfe“ ein Annoucenbüchlein herausgegeben, welches seiner „nichtjüdischen“ Erfindungskraft alle „Ghre“ macht und zugleich zeigt, wie thumhoch der Herausgeber alle jüdischen Geschäftsleute in der Reflexe überträgt. Der antisemitische Kellamehld leitet sein sauberes Geschäftsunternehmen durch folgenden „Vorwort“ ein, welches er den in seinem Buche abgedruckten Inzeraten voranstellt:

„Mit vorliegendem Unternehmen bezwecken wir die Hebung christlichen Handels und Handels und den Vortheil der christlichen Käufer. Der Christ kauft nur beim Christen! Sollen wir, was christliche Hände für Hungerlöhne gearbeitet haben, mit vielprozentigem Anschlag den jüdischen Geschäftsleuten ablaufen, um jenes Volk, das nicht arbeiten mag und nur vom Schacher lebt, noch mehr zu bereichern. Sollen wir ruhig zusehen, wie christliches Handwerk und christlicher Handel ruinirt wird, weil sie rechtschaffen handeln und mit den Ausbeutern, dem eingewanderten Volke vom Jordan, nicht konkurriren können? An demselben Tage, an welchem in Jerusalem der Grundstein zur ersten evangelischen Kirche gelegt ist, erscheint dieses Buch, als Wehr gegen den christlichen Erbfeind.“ — Nachdem der Herausgeber dieses „neuen“ Kellamewerkes seine antisemitische Galle ausgegossen, zeigt er der kunnenden Welt an, daß er nicht nur durch die in seinem Buche enthaltenen Inzerate Geld für sich zu machen versteht, sondern daß er außerdem noch beabsichtigt, das Buch für 50 Pf. pro Exemplar zu verkaufen; ferner schreibt er: „Regelmäßige Zufendung erfordert ein Abonnement von 60 Pf., wofür eine im Sommer 1894 stattfindende kostenlose Dampferpartie einbezogen ist.“ — Also, eine obligate antisemitische Dampferpartie wird den Abonnenten versprochen, an der sie kostenlos theilnehmen dürfen; jedenfalls doch wohl nur dann, wenn soweit Sempel auf den antisemitischen Wein gegangen sind, wie der Herausgeber für notwendig erachtet. Wir unfererseits hegen indes starken Zweifel an dem Zustandekommen dieser „Dampferpartie“. — Was nun die Inzerate in dem in Rede stehenden Inzeratenbuche betrifft, so glauben wir sicher annehmen zu können, daß nur ein kleiner Theil derselben solche sind, welche von Geschäftsleuten auszugeben werden, die sich selbst zur antisemitischen Partei bekennen. In mehreren und zugegangenen Zuschriften wird die Art und Weise, in der man es verstand, die Inzerate zu erhaschen, aufs schärfste verurtheilt. Kein Wort wurde den betreffenden Inzeraten vorher darüber gesagt, daß das Inzeratenunternehmen antisemitischen Zwecken diene, daß den Inzeraten oben wiedergegebener antisemitischer Voranschwall vorangestellt werden würde. Man scheint im Trüben gefischt zu haben, nur um die Inzerate zu erhalten und damit die Inzeratengebühren einzufahren zu können; ein Kunststück, welches wohl nur der Unverfrorenheit eines „Urgermanen“ gelingen konnte. — Da wir einmal dabei sind, die Art und Weise zu kennzeichnen, wi-

sch die Antisemitische Welt zu machen suchen, wollen wir nicht unterlassen unseren Lesern mitzutheilen, welchen Vorschlag in der in Breslau erscheinenden antisemitischen „Orkwacht“ ein urgermanischer Jüngling macht, um Gelder für die Antisemiten zu erschaffen. Er schreibt folgendes: „Es giebt doch wohl unter unseren Anhängern wohlhabende und unter diesen wieder wohlbetagte Leute, die sich selbst sagen müssen, daß ihre Tage gekürzt sind. Würde es nicht eine heilige Pflicht dieser alten Herren sein, uns jungen Leuten den Kampf gegen das Judentum dadurch zu erleichtern, daß uns von ihnen durch leibliche Vermächtnisse erhebliche Summen gemacht würden. Ich glaube, es ist dringend nöthig, daß das geschieht. Denn hätten wir genügend Geldmittel — ganz Schlefien gehörte uns.“ Die reichen Proben in der Judenheit erweisen den Antisemiten den Gefallen nicht, den Staub von ihren Häfen zu schütten und Deutschland unter Zurücklassung ihres Nammons zu verlassen, und so geht man denn „schon“ bei „germanischen“ Greisen. Man muß aufrichtig bekennen, in praktischen Vorschlägen und Versuchen zur Erlangung von Baarmitteln sind unsere „Urgermanen“ von heute unerschöpfbar.

Brandt und Berndt wurden in der letzten Anarchistenversammlung mit einander verglichen und wurde behauptet, daß sie beide das gleiche gethan haben. Dies ist nicht richtig. Brandt stand im Dienste der Polizei und machte hierüber Enthüllungen, die zu der Zeit als sie geschahen und in der Art, wie sie geschahen, der Polizei höchst erwünscht waren. Berndt dagegen hatte niemals mit der Polizei eine andere Beziehung, als daß er im Auftrage der Genossen des 4. Wahlkreises den pp. Jhring-Nachloß beobachtete. Als Berndt alles wußte, entlarvte er den Jhring-Nachloß, als die Polizei zu beweisen hatte, daß sie nicht provozire, machte Herr Brandt seine sehr zeitgemäßen Enthüllungen. Wir wissen freilich nicht, ob es der Polizei auch sehr lieb sein wird, daß er erzählte, tausend Mark versprochen erhalten zu haben, wenn er Dynamit finde. Diese Aufforderung in Verbindung mit einer angeblichen Geschäftsreise Rodrian's zum Zwecke der Ankaufe von Dynamit, kann bei mißtrauischen Menschen den Glauben erwecken, daß die Polizei gerne Dynamit finden ließe.

Ein Esel in der Akademie erregte gestern Nachmittag unter den Besuchern der daselbst befindlichen Ausstellung einige Verwunderung. Es war ein vierbeiniger, und sein Erscheinen galt der Thierklasse von Professor Meyerheim, dessen Schüler das Langohr nach allen Regeln der Kunst abfontersierten.

Das Probelbild der Verolina ist versuchsweise auf dem Alexanderplatz aufgestellt worden. Verolina unter den Augen des Polizeipräsidenten — anschaulicher hätten unsere heutigen Verhältnisse gar nicht veranschaulicht werden können.

Ein neuer widerwärtiger Schauspiel, die im polizeilichen Berlin ja nicht so selten sind, brachte am Montag Nachmittag das Publikum, das den Oranienplatz passirte, in Erregung. Ein Schuhmann transportirte einen armen Teufel wegen der Himmel weiß welchen Vergehens und beschleunigte den Transport durch häufige Pässe, die er dem Verhafteten mit der geballten Faust verriechte. An der Bischofsstraße erhielt der Arme einen so unglücklichen Stoß, daß er zu Boden stürzte. Es ist erklärlich, daß den Mann endlich die Wuth übermannte und er den Schuhmann mit erhobenem Stock zu schlagen drohte. Dies Vorhaben wurde jedoch vereitelt, denn der Gefeswächter bekam von zwei seiner Kollegen sofort Sulfurs und nun konnte es strammes Schrittes mit dem Verhafteten zum Revier gehen. Was weiter mit dem Unglücklichen geschehen, ist nicht bekannt geworden.

Das idyllische Rixdorf. Die Großthaten zweier Beamten verfehen zur Zeit die Rixdorfer Einwohnerschaft allgemein in Aufregung. In der Nacht vom Sonntag zum Montag machte der Landwirth Hennig, am Richards-Platz wohnhaft, die Wahrnehmung, daß ein unbekannter Mann sich an einem Fenster des Hennig'schen Hauses zu schaffen machte. Einen Eindrehen vermuthend, weckte H. den in seinem Hause wohnhaften Gendarm Bornemann und machte sich sodann in Gemeinschaft mit diesem an die Verfolgung des nächtlichen Eindringlings, der schleunigst die Flucht ergriff. Der Gendarm setzte dem Fliehenden nach und rief ihn wiederholt zu, stehen zu bleiben, widrigenfalls er schießen werde. Als der Flüchtling trotzdem weiter lief, feuerte der Gendarm auf denselben zwei Schüsse ab, deren einer den Fliehenden in die Schulter traf. Jetzt blieb der Verwundete stehen und wurde verhaftet. Infolge der Schüsse war auch der Revier-Nachwächter Lutter auf der Bildfläche erschienen und kurz darauf kam ein junger Lichler Hohwedel dazu, der die Schüsse auf dem Wege nach seiner in der Nähe belegenen Wohnung gleichfalls gehört hatte und nun sehen wollte, was dieselben zu bedeuten hätten. Als der Nachwächter des jungen Mannes ansichtig wurde, betete er ihn sofort an, was er wolle, und als Hohwedel bescheiden antwortete, er wolle nur sehen, wer geschossen habe, gebot ihm der Nachwächter, er solle seinen Wege gehen. Gleichzeitig erhielt H. von dem Beamten einen Stoß vor die Brust, sodas er zurücktaumelte und den Hut verlor. Als H. sich jetzt bückte, um seine Kopfbedeckung aufzusuchen, erhielt er, wie uns berichtet wird, von dem Nachwächter mehrere Diche mit der blanken Klinge über den Rücken und als er sich nunmehr erhob, über den Rücken den Kopf, sodas das Blut herunterstieß. Erst als einige Leute, die von ihren Fenstern diese Heldenthat gesehen hatten, ihrer Entzückung Ausdruck gaben, steckte der Nachwächter seine Klinge ein und entfernte sich. H., der seinen Angreifer nicht erkannt hatte, rief nun laut nach dem Nachwächter, der sich jedoch nicht wieder sehen ließ, und als sein Ruf vergeblich war, begab sich H. nach dem Amtshause, wo er Barm schlug, bis ein zweiter Nachwächter erschien und ihn arretirte. Man holte nun einen Arzt, der dem schwer verletzten H. die erheblichen Kopfverletzungen vernahm und verband. Der Nachwächter Lutter soll nun angegeben haben, H. habe ihn zuerst angegriffen, eine Behauptung, der von zahlreichen Augenzeugen widersprochen wird. Hauptsächlich wird der heldenhafte Nachwächter seinen wohlverdienten Lohn vom Strafrichter erhalten. — Der angegriffene Verhaftete ist ein russischer Lehmann, der nach seiner Behauptung einem Dienstmädchen des Landwirths Hennig einen Besuch machen wollte. Wie weit dies richtig, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Ueber eine Kanzerlei zwischen Schuldeten berichtet eine hiesige Korrespondenz folgendes: Der Schauspiel eines großen nächtlichen Strafprozesses war in der letzt vergangenen Nacht der Platz an der Ecke der Friedrich- und Karlstraße vor dem Cafe zur Kaiserkrone. Zwischen einigen Gästen des genannten Cafe's und einer Anzahl Studenten war es hier zu einer Keiberei gekommen, die schließlich damit endete, daß die Creditanten auf die Straße verwiesen wurden. Hier entwickelte sich aus dem Wortstreite eine derartige Schlägerei, daß außer dem Reviernachwächter und mehreren Schülern auch einige Unteroffiziere von der nächstgelegenen Kaserne herbeieilten um Ruhe zu stiften. Die Studenten zogen sich darauf in's Cafe zurück, mußten daselbst jedoch wieder verlassen, da das Publikum eine drohende Haltung vor dem Cafe annahm. Die Hauptunruhstifter wurden darauf zur Wache sistirt.

29 000 Mark in Werthpapieren und eine größere Summe in Baar und Banknoten wurden bei einer Leiche vorgefunden, welche am gestrigen Mittag in der Spree treibend entdeckt und an der Kirchstrassenbrücke gelandet wurde. Der Todte, ein elegant gekleideter Mann, welcher eine goldene Uhr und werthvolle Ringe an den Fingern trug, muß schon mindestens zwei Monate im Wasser gelegen haben; der Verwesungsprozess war bereits so weit vorgeschritten, daß eine Beschreibung der Persönlichkeit nicht mehr möglich. Bei der Leiche gleichfalls vorgefundene Antwortscheine deuten darauf hin, daß derselbe ein

Bewohner der Stadt Charlottenburg war, der an der Berliner Börse Geschäfte betrieben haben muß. Ob hier ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht festgestellt, jedenfalls aber ist es auffällig, daß man von dem spurlosen Verschwinden des anscheinend wohlhabenden Mannes bisher nichts vernommen hat.

Ein Unglücksfall mit tödtlichem Ausgange ist, wie uns nachträglich gemeldet wird, in der Wagenverkehr der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn am 25. Januar passirt. An diesem Tage waren Arbeiter damit beschäftigt, einen Transportschlitten auf das Rangiergleise zu schieben. Als der Wagen beim ersten Versuch nicht nachgab, sprang der Schlosser Krug hinzu, um Hilfe zu leisten. Der Wagen kam in Bewegung und rollte plötzlich durch einen schmalen Thorweg hindurch. Krug kam hierbei so unglücklich zwischen Wagen und Wand, daß sein Kopf und Oberkörper vollständig zerquetscht wurde. Der Verunglückte starb bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus Friedrichshain.

Abenteuer eines alten Junggesellen. Großes Aufsehen und viel Heiterkeit erregt in der Greißwälderstraße ein Vorfall, welcher am Montag Abend mit der Ueberführung eines „Paars“ nach der Charitee endete. In der Greißwälderstraße wohnt zu ebener Erde der Grünkrauthändler K., ein alter Junggeselle; neben dem Verkaufslokal befindet sich das Schlafgemach und in diesem saß der Geschäftsmann gegen 1/27 Uhr Abends, seine Zeitung studierend und ein Pfeifen rauchend, als plötzlich die Thüre aufging und ein Mann hineinstürzte, welcher auf dem Arme eine Frau trug und diese, ohne ein Wort zu äußern, auf das Sopha niederlegte. Im nächsten Augenblick war der Fremde verschwunden und K. stand rathlos vor der Frau, welche kläglich schrie und auf alle Fragen, die der wadere Grünkrauthändler an sie richtete, nur die stereotypische Antwort: „Machen Sie, daß Sie raus kommen!“ gab, einer Bitte, welcher K. schließlich auch nachgab und sich in den Laden versetzte. Und während der Junggeselle dort sich den Kopf über die sonderbare Angelegenheit zerbrach, verkündete im Nebenzimmer das laute, kräftige Geschrei eines Kindes, daß drinnen der Storch angekommen, sehr zur Verwunderung des Junggesellen, der kopflos auf und ab lief, schließlich aber nach der Polizeiwache in der Heinerdorferstraße rannte, um sich einen „Schuttmann“ als „Beistand“ zu erbitten. Diefen Beistand erhielt K. auch, inzwischen aber war anderweitig Hilfe geworden; denn als Weibe in die Wohnung zurückkehrten, fanden sie dort den Fremden mit einer Hebeamme vor, welche Mutter und Kind die erste Hilfe leistete. Jetzt stellte sich heraus, daß die Weibende ihren Mann, einen Arbeiter, abgeholt und auf der Straße in Kindesnöthen gerathen sei; der Gaite hatte, weil das K.'sche Geschäftslokal am nächsten, seine kranke Frau dorthin gebracht und war dann fortgelaufen, um eine Hebeamme zu suchen. Mittels Drohse wurden Mutter und Kind nach der Charitee geschafft, und Herr K. hat dem Ehepaar versprochen, bei dem Jungen Pathe zu stehen.

Selbstmord eines 15-jährigen Knaben. In tiefe Verdrüßnis ist die Familie des Droguenhändlers S. aus der Alexanderstraße durch den plötzlichen Tod ihres 15 Jahre alten Sohnes Otto versetzt worden. Der Knabe sollte sich zum Koch ausbilden und war zu dem Zwecke als Lehrling im Hotel Prinz Wilhelm in der Dorotheenstraße untergebracht worden. Am Montag hatte er sich eine Unregelmäßigkeit zu Schulden kommen lassen, die entdeckt wurde. Als Juraat vor Strafe begab er sich in der Nacht auf den Boden und machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Eine Wadchfrau fand ihn am Dienstag als Leiche auf.

Der Restaurateur Herr J. Schulz, Beuthstraße 8, theilt uns mit, daß der in der Dienstag-Nummer erwähnte Diebstahl nicht in seinem, sondern in einem anderen in der Beuthstraße belegenen Lokal passirt sei.

Ueber die Vorgänge am Friedrichshain nach der Versammlung der Arbeitslosen vom 18. v. Mts. sind Bewohner der dem Königsthor benachbarten Häuser vorgestern Nachmittag auf dem Polizeipräsidenten vernommen worden. Sie wurden über ihre Wahrnehmungen betreffs des Eingreifens der Polizei an jenem Tage befragt. Was da wohl herauskommen wird?

Polizeibericht. Am 30. v. M. Morgens wurden ein Kochlehrling auf dem Boden eines Hauses in der Dorotheenstraße und in der Nacht zum 31. v. M. ein Mann in seiner Wohnung in der Friedrichstraße erhängt vorgefunden. — In der Spree, bei der Moabiterrade, wurde Vormittags die bereits stark verweste Leiche eines Mannes angeschwemmt. — Ein in der Koloniestraße wohnhafter Arbeiter verletzete sich in seiner Wohnung zu tödten, indem er sich mittels eines Küchenmessers mehrere Schnitte an den Armen und am Unterleibe beibrachte. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Vor dem Hause Burgstr. 27 wurde Nachmittags ein 12jähriges Mädchen durch eine Drohse übersahren und innerlich anscheinend schwer verletzt. — Abends geriethen in einer Wohnung des Hauses Klopffeldstr. 38 durch eine ungeschlozene brennende Petroleumlampe die Kleider eines Dienstmädchens in Brand. Das Mädchen erlitt schwere Verletzungen an den Armen und Beinen, während der Dienstherr, der ihm die brennenden Kleider vom Leibe zu reißen versuchte, Brandwunden an der Hand davontrug. — Außerdem fanden im Laufe des Tages sechs Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Omladina-Prozess. Prag, 31. Januar. In der heutigen Verhandlung wurde der achtzehnjährige Mörder des Arwa, Fabrikarbeiter Dolegal als Zeuge verhört. Derselbe giebt an, den Mord aus eigenem Antriebe mit dem Genossen Dragoun verübt zu haben, weil Arwa selbst sich gerührt habe, ein Angeber zu sein. Einen Brief des Arwa an Dolegal habe letzterer an den Reichstags-Abgeordneten Dr. Herold zur Information nach Wien geschickt. Im weiteren Verlaufe des Verhörs giebt Dolegal an, Arwa habe erzählt, daß er für jeden durch ihn ins Gefängnis gebrachten Omladinisten fünf für jeden Omladinaführer fünfzehn Gulden bekommen sollte. Den unmittelbaren Anlaß zur Ermordung Arwa's habe der Umstand gegeben, daß Arwa ein polnisches Lied sang, in welchem von Verwath die Rede ist. Der Präsident macht auf den Widerspruch dieser Erklärung mit der von Dolegal in der Voruntersuchung abgegebenen aufmerksam, nach welcher die Rede des Abgeordneten Herold im Reichsrathe den Anlaß zu der That gegeben habe und die Vorbereitungen zu dem Verbrechen vor der Abhängung des fraglichen polnischen Liedes getroffen worden seien. Von den 185 vorgeladenen Zeugen sind bisher 75 verhört worden. Die heutigen Verhöre bezogen sich auf hochverräterische Standgebungen in den Unterjünglingen.

Die Nachwächtertempel vor dem Landgericht I. Wegen eines Amtsvergehens stand gestern der städtische Nachwächter Karl Friedrich Wilhelm Lehmann vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Am 26. August Abends wollte der Brauerei-Arbeiter Georg Plauschnat seinen im Alexander-Regiment dienenden Bruder in der Kaserne besuchen. Er traf ihn aber nicht an, weil das Regiment schon zum Manöver ausgerückt war, und ging deshalb zum Alexanderplatz zurück, um dort eine nach Schöneberg fahrende Pferde-Eisenbahn zu benutzen. Der Wagen war besetzt und P. setzte sich auf eine Bank, um auf den folgenden Wagen zu warten. Da überkam ihn die Müdigkeit und er schlief ein. Er mochte wohl schon eine ganze Weile geschlafen haben, als er jäh aus seiner Ruhe geföhrt wurde. Er verspürte Kniffe und Pässe, und als er sich verduzt umschaute, fand der angeklagte Nachwächter vor ihm und versehte ihm mit gezogener Plempe einen Hieb in die Seite. Der noch schlaftrunkene suchte sich durch vor-

gehaltenen Arm vor weiteren Mißhandlungen zu schützen und bekam noch einen Säbelhieb über die Hand, der eine Anschwellung zur Folge hatte. Plauschnat, ein ruhiger, fleißiger Arbeiter, protestirte lebhaft gegen diese Behandlung und bestand darauf, daß der Wächter ihm nach dem Polizeipräsidenten begleitete und dort seinen Namen feststellen ließ. Drei Passanten, welche die Mißhandlung wahrgenommen, begleiteten die Parteien als Zeugen. Vom Polizeipräsidenten ging P. nach der nächsten Sanitätswoche und ließ sich seine Hand verbinden. Der Säbelhieb stellte die Sache zuerst in der harmlosesten Weise dar, daß der Brauereiarbeiter sich die Hand beim Umherfucheln an der Bank verletzt haben mußte. (1) Dies erschien jedoch dem Gerichtshof nicht recht glaubwürdig und der Angeklagte gab schließlich zu, daß er den Schlafenden, der niemand etwas zu Leide gethan hatte, durch Säbelhiebe erweckt hatte. Diese schneidige Methode habe er in Anwendung gebracht, weil er den Schlafenden für einen „Stromer“ gehalten habe. (Gegen Obdachlose, die im Freien nächtigen, scheint der Wächter des Gesetzes also die Erwennung mit der Plempe nicht für sehr bedenklich zu halten. Die Red.) Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den Umstand, daß die in den öffentlichen Anlagen nächtigen armen Teufel den bewaffneten Beamten unter Umständen wirklich gefährlich werden könnten und ferner in Rücksicht darauf, daß die Verletzung des Brauerei-Arbeiters keine schwere gewesen, die geringe Strafe von dreißig Mark. Der Gerichtshof sah das Vorgehen des Angeklagten auch sehr milde an und bemah die Strafe auf 50 M. event. 10 Tage Gefängnis.

Unsere gemüthvollen Sicherheitsbeamten. Die Brutalität eines Rixdorfer Nachwächters erhielt vor einigen Tagen vor dem Landgericht II eine richterliche Rüge. Ueber die betreffende Verhandlung wird folgendes gemeldet: Der Arbeiter Gustav Jäbide ist beschuldigt, in der Nacht vom 22. zum 23. Juli v. J. den Nachwächter Paulig vorsätzlich körperlich mißhandelt zu haben. Die Beweisaufnahme ergiebt: Jäbide lag in der genannten Nacht betrunken vor dem Hause, in welchem er wohnte. Da kam der Nachwächter Paulig, welcher an dem Abend bereits mit Jäbide ein Rencontre gehabt hatte, dazu und weckte denselben auf. J. schlug dem Wächter hierbei ins Gesicht, worauf dieser seine Klinge zog und dem J. Kopf und Hände blutig schlug. Jäbide zog Paulig die Nothpfeife und wollte nun mit Hilfe des zweiten herbeigeeilten Wächters den J. nach dem Amtsgefängnis bringen. Da J. sich weigerte, mitzugeben, wurde er am Boden entlang geschleift. Zwei Augenzeugen machten hierüber dem Nachwächter Paulig Vorwürfe, worauf dieser den J. losließ. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten zwar für schuldig, erklärte denselben aber für straffrei, da Paulig sich reichlich sein Recht genommen habe (1). Das Verhalten des genannten Beamten wurde von dem Vorsitzenden in scharfer Weise kritisiert und soll der vorgefekten Behörde der Sachverhalt zur Kenntniß gebracht werden. Ob das viel nützen wird?

Ein Heirathsschwinder stand am Mittwoch in der Person des Dachdeckers Augustin Straußfeld aus Berlin vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II. Der Angeklagte, der in Berlin Frau und sechs Kinder besitzt, knüpfte im Juni v. J. mit der damals in Schöneberg dienenden 34jährigen Dienstmagd Louise Kürz ein Liebesverhältniß an, versprach ihr die Ehe und spiegelte ihr vor, er werde mit ihr nach seiner Heimath Westfalen übersiedeln und dort ein kleines Gütchen kaufen. Die überglückliche Braut glaubte seinen Versicherungen und war bereit, ihrem Bräutigam durch baares Geld aus momentanen Verlegenheiten zu helfen. Sie ließ ihm erst 25 und dann 40 M., als er aber zum dritten Male in Verlegenheit war, mußte sie ihm das Geständniß machen, daß sie weitere Ersparnisse nicht besitze. Von nun an ließ sich der Angeklagte nicht mehr sehen. Auf Anrathen der Herrschaft stellte die Betrogene Strafantrag und heute wurde Straußfeld mit einer Woche Gefängniß bestraft.

Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule scheint an einem bedeutenden Standpunkte gelangt zu sein; wenigstens läßt der Ausgang der am 29. Januar stattgehabten Generalversammlung darauf schließen. Diefelbe wurde um zirk 9 Uhr vom Vorsitzenden Platon mit dem Bericht des Vorstandes eröffnet. Aus demselben erhellt, daß die pecuniären Schwierigkeiten, mit welchen die Schule von der Begründung an zu kämpfen hatte, eine weitere Einschränkung der Unterrichtsstätten nöthig machen, und demzufolge die bisherigen Räume aufgegeben, resp. getheilt gemietet werden müßten. Nach den Berichten des Kassirers und der Revisoren wurde dem Kassirer König's Descharge erteilt. Zu neuen Revisoren wurden bestimmt: Puhmann und Morbach. An stelle des ausscheidenden Schriftführers Sigg, wurde Genosse Danner gewählt.

Zum Abschnitt 5 der Tagesordnung — Reorganisation der Schule — lag ein von Platon eingebrachter und durch Sigg, Lohse, Ludwig und Osburg unterstützter Antrag vor. Derselbe besagte, daß vom April laufenden Jahres ab die Unterrichtsstätten: Buchführung, Rechnen und Korrespondenz vom Lehrplan gestrichen, die bisherigen zwei Deutschfächer in einem vereinigt und die Sonntags-Versammlungen 14 tiglich festgesetzt werden sollten. Nachdem Platon in ausführlicher Rede diesen Antrag begründet hatte, beantragte Genosse Franke, die Sache einer aus Mitgliedern, nicht Vorstandsmitgliedern, gebildeten Siebener-Kommission zu überweisen und nicht heute mit Urtuch eine Reform zu beschließen, die nur dazu angethan sei, die Schule ein paar Monate früher zur Ruhe zu betten. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem durch Sigg darauf hingewiesen, daß durch Annahme dieses Antrages nur eine Verschleppung erreicht würde, indem die Kommission sich erst mit dem Material vertraut machen müßte, welches zusammen zu tragen und zu verrechnen der Vorstand Monate gebraucht habe. Während König's, Sigg und Andere sich für eine Reorganisation im Rahmen des vorliegenden Antrages aussprachen, schlug Gen. Braun vor, mit der jetzigen Form der Schule überhaupt zu brechen, und durch Gründung einer wirklichen Agitations- und Agitatorenschule neue Lehrkräfte und Schüler, neue Mittel und vor allem von neuem die Sympathie der Partei zu erwerben. In ähnlicher Weise äußerte sich Genosse Wagner, gleichfalls betonend, daß die Schule in ihrer gegenwärtigen Form nicht prosperiren könne und daß der Schwerpunkt darauf gelegt werden müsse, Kräfte für die Agitation heranzubilden, welche sofort kämpfend eingreifen könnten, um dadurch dem fühlbaren Mangel an Agitatoren, wenigstens soweit es in den Kräften der Berliner Arbeiterkassier liegt, abzuhelfen. Nachdem noch Köste, Frau Ludwig, Jbscher, Baumann und Morbach theils für, theils gegen diese Radikallure gesprochen hatten, wurde ein Antrag Wagner's zum Beschluß erhoben; derselbe lautete: Beantrage, eine neue Generalversammlung anzuberaumen mit der Tagesordnung: Auflösung der Arbeiter-Bildungsschule am 1. April.

In kürzester Frist wird eine außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Auflösung der Schule am 1. April, 2. Reorganisation der Schule, einberufen werden. Was immer auch das Resultat dieser Versammlung sein mag. — Untergang nimmer! Gleichwohl, in welcher Form, wird die Schule nach wie vor Wissen verbreiten, ihre Schüler zu Kämpfern heranbilden; Untergang nimmer!

Eine öffentliche Versammlung der Bäckereiarbeiter tagte am 30. Januar. In derselben lag die Frage zur Beantwortung vor: „Wie stellen wir uns zur geplanten Einrichtung eines städtischen unentgeltlichen Arbeitsnachweises?“ Ein dergleicher Antrag war f. J. auf Beschluß einer öffentlichen Ver-

Interim neuen Kurs.

- Dezember.
- Dresden.** Genosse Gottlieb Knöfel, Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, wegen Fabrikanten-Beleidigung 100 M. Geldstrafe.
 - Derselbe wegen Beleidigung eines Schuhmanns in Freiberg 300 M. Geldstrafe.
 - Genosse Senf wegen summiert der Marzellaife gelegentlich des Besuchs einer Tanzmusik 3 M. Geldstrafe.
 - Mainz.** Wegen Beleidigung eines Schuhmanns Sprenger 30 M. Geldstrafe. Der Antrag lautete auf 100 M. Geldstrafe.
 - Chemnitz.** Vier Monate der Genosse Langer wegen Beleidigung des Polizeidirektors.
 - Freiz.** Wegen Beleidigung eines Pfarrers wurde Genosse Trognitz zu drei, und Genosse Schenderlein zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.
 - Magdeburg.** Genosse Karl Jähle aus Fernestleben und Trudereibesitzer Kruid zu je 100 M. wegen Herstellung und Verbreitung eines eine Voplottaufforderung enthaltenden Flugblattes.
 - Dortmund.** Genosse Schröder hatte gegen eine ihm vom Landgericht Essen zuerkannte Inhaftstrafe von 2 Monaten Gefängnis Revision eingelegt. Dieselbe wurde verworfen.
 - Wurzen.** Wegen Beleidigung des Stadtraths Dr. Krippendorf Genosse Diehl 2 Monate Gefängnis.
 - Berlin.** Genosse Glocke als verantwortlicher Verleger der Broschüre „Der Zeitgeist“ 100 M. Delikt — Aufreißung zu Gewaltthatigkeiten.
 - Altenburg.** Der Redakteur des „Wähler“ für Altenburg, Genosse Kappeler, wegen Beleidigung eines Baudirektors, 6 Wochen Gefängnis.
 - Liebenwalde.** Von der Anklage des Hausfriedensbruchs Genosse Schröder freigesprochen. Es handelte sich um eine widerrechtliche Ausweisung aus dem Wahllokal bei der Reichstagswahl. Schröder erhielt auch Reise- und Veranlassungskosten erstattet.
 - Halle.** Die gegen die Genossen Jählig u. erkannten Strafen in Höhe von drei Wochen, 14 Tagen und zweimal je 8 Tage werden rechtskräftig. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde verworfen.
 - Planen.** Zwei Genossen, die wegen Verbreitens von Flugblättern während der Dauer des Gottesdienstes von dem Schöffengericht in Pausa in eine Geldstrafe von je 3 M. genommen waren, wurden in der Berufungsinstanz freigesprochen.
 - Erfurt.** Gleicherweise wurde Genosse Hülle von der Anklage, großen Unfug verübt zu haben, freigesprochen.
 - Halle.** Genosse Krüger, Redakteur des „Volksblattes“, wegen Beleidigung des Bürgermeisters in Schandig 30 M. Gefängnis.
 - Wohms.** Von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde Genosse Landwehr freigesprochen, und Genosse Hake wegen desselben Delikts zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Ebendasselbe wurde Genosse König von der Anklage, großen Unfug verübt zu haben, freigesprochen. Derselbe hatte in einer Versammlung ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie angebracht.
 - Leipzig.** Das Landgericht bestätigte das auf 2 Monate Gefängnis lautende Urteil gegen den Genossen Diehl. Die Straftat besteht in einer Beleidigung des Grafen Könnerich.
 - Magdeburg.** Genosse Rosenberger wegen Verbreitung von Unfugs 100 M. Es handelte sich um Verbreitung von Flugblättern, die eine Voplotterklärung enthielten.
 - Nies.** Wegen Beleidigung durch die Presse war Genosse Ströbel von dem Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Berufungsinstanz erkannte auf 100 M.
 - Reichenbach.** Ein Genosse wegen Beleidigung eines Polizeibeamten 20 M.
 - Kassel.** Genosse Juhn war von dem Schöffengericht wegen Verbreitung von Unfugs, Voplotterverhängung, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Landgericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M. Ingesamt wurde erkannt auf 1083 M. Geld- und 22 Monate 2 Tage Gefängnisstrafe.

Soziale Ueberlicht.

Achtung, Bauarbeiter! Die Versammlung des Verbandes der Bauarbeiter (Zahlstelle Berlin) findet am Sonntag, den 4. Februar wegen der öffentlichen Versammlung nicht statt. Unsere nächste Mitgliederversammlung ist am 11. Februar.

R. Krüger.

Achtung, Kürschner! Bei der Firma S. Wachtel, Hamburg, haben die Kollegen am 27. d. M. die Arbeit niedergelegt. Der Grund hierzu war die schlechte Behandlung seitens eines neuen Werkführers. Derselbe beabsichtigte auch, die Löhne zu reduzieren. Kollegen, zeigt Eure Solidarität. Der Zugang ist freizugehalten.

Dem Sprechsaal des „Hamburger Echo“ entnehmen wir folgendes „Eingefandt“:

Die Unwahrheiten verbreitet werden. In der Nothstandsdebatte, die kürzlich im Reichstage stattfand, erklärte Herr Minister v. Boetticher, Bezug nehmend auf Hamburg, u. a., daß im Jahre 1892 bei der Epidemie, durch welche große Arbeitslosigkeit hervorgerufen, die Arbeiter lieber Unterstufungen annahmen, als Arbeiten, die bei der Baggerei und beim Kanalbau notwendig waren. Wir aber können beweisen, daß Arbeitskräfte stets genug vorhanden, leider aber Arbeitsgelegenheit fehlte. Der Beweis ist leicht zu erbringen. Ende September 1892, als im großen Nothstandskomitee über die „großen Unterstufungen“ gesprochen wurde, muß wohl gesagt worden sein, daß Mangel an Arbeitskräften sei, denn im Komitee von St. Georg-Norderthor erschien der Kommissar vom Exekutivkomitee, Herr Isaacsohn (ein eifriges Vorstandsmitglied des reaktionär-liberalen Reichstags-Abklubs in Hamburg, Anmerk. der Red. des „Vorwärts“) voll stiller Entrüstung und verlangte, daß die Unterstufungen eingeschränkt würden, da die Arbeitslosigkeit bei Weitem nicht groß, im Gegenteil, Arbeit genug vorhanden sei, jedoch keine Arbeiter zu bekommen wären. Im Augenblick konnte Unterzeichneter auf die Ausführungen des Herrn Isaacsohn nicht eingehen, da die Gelegenheit fehlte. Am nächsten Morgen jedoch ging ich sofort zu dem Herrn, stellte denselben zur Rede und verlangte als Komiteemitglied Auskunft, wo die großen Arbeitsgelegenheiten wären. Herr Isaacsohn erklärte, daß Herr Hansen von der Firma Hansen u. Stuhl größere Erdarbeiten bei der Grünen Brücke vornehmen ließe und dieser sowohl, wie der Postmeister vom städtischen Kanalbau in der Billstraße keine Arbeiter bekommen könnten. Um mich von der Wahrheit zu überzeugen, ging ich sofort zur bezeichneten Arbeitsstelle. Ich nahm mit den die Aussicht führenden Beamten Rücksprache und sah, daß der eine nur mit zwei bis drei Mann arbeite und das war der Postmeister des Herrn Hansen, der die „großen Arbeiten“ verrichten ließ. Beide Postmeister erklärten mir, daß Angebote von Arbeitern übergenug vorhanden wären, leider aber aus Mangel an Arbeit nicht berücksichtigt werden könnten. Trotzdem dies sofort im „Hamburger Echo“ herausgestellt und die Unwahrheit der erwähnten Behauptung in zahlreichen Versammlungen festgenagelt wurde, scheint das Märchen, daß der Arbeiter nicht arbeiten wolle und sich lieber unternehmen lasse, immer weiter verbreitet zu sein, und zwar mit solchem Erfolge, daß es bis zu dem Herrn Minister von Bötticher gelangte, der mit einer solchen Unwahrheit, die er natürlich für wahr hält, nun auftritt und von höchster Stelle aus erklärt: es giebt keinen Nothstand. Hier in Hamburg waren bis jetzt noch für alle Arbeiten mehr Arbeiter als nötig vorhanden.

Carl Brödin.

Dienstboten und städtische Arbeitsvermittlung. Zwischen den sogenannten Arbeitgeber (richtiger: Käufer der Arbeitskraft) und den Bestzer und Verkäufer der Arbeitskraft, den Arbeitnehmern, haben sich eine Unmenge jener Parasiten eingeschoben, deren schändliches Treiben an dieser Stelle schon des Ofteren einer absprechenden Kritik unterzogen wurde. Am stärksten sind diese Stellenvermittler, Kommissionäre, Agenten in jenen Berufen vertreten, deren Angehörige entweder noch gar keine, oder doch nur eine schwache Organisation besitzen. Die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft, die eigentlichen Industriearbeiter, haben wohl meist, je nach der Ausdehnung ihrer Macht, einen mehr oder weniger gut funktionierenden Arbeitsnachweis; auch haben hier oftmals die Fabrikanten einen eigenen Nachweis errichtet. In solchen Fällen bilden dann die beiderseitigen Arbeitsnachweise gewissermaßen das Kampfsfeld zwischen beiden Organisationen. Unter viel schlimmeren Umständen vollzieht sich die Vermittlung

der Arbeitskraft bei denjenigen Arbeiterkategorien, die infolge ihrer besonders ungünstigen, gewerblichen Verhältnisse noch schlecht organisiert sind, wie dies bei den Bäckern, Konditoren, Schlächtern, Müllern, Kellnern, Seerenten u. s. w. zutrifft. Hier ist der Agent, der Kommissionär der Herr der Situation; die Stellensuchenden sind in seine Hände gegeben, er vermittelt eine Stellung nur gegen hohes Entgelt, und wie sehr diese Herren bei ihrer „Arbeit“ gelernt haben, mit vollendeter Virtuosität immer Inapp das Zuchthaus zu streifen, ist von uns ebenfalls schon öfter beleuchtet worden.

In fast noch höherem Maße, als oben erwähnte Arbeiterschichten, haben nun die Dienstboten durch die „Gesindevermietherinnen“ zu leiden. Wie überall, so mußte, um jene Verhältnisse näher kennen zu lernen, der erste Anstoß von seiten der organisierten Arbeiter kommen; die in schneidertartigen Gang vorwärts schleichenbedeutsche Sozialreform hat hierzu noch keine Zeit gefunden.

Unsere Genossen vom Frankfurter Gewerkschafts-Parität hatten sich denn die löbliche Aufgabe gestellt, die Verhältnisse der Dienstboten bezüglich der Stellenvermittlung durch Aufnahme einer Statistik festzustellen. Es wurden zu diesem Zwecke in der letzten Woche des Dezember 1893 und der ersten zwei des Januar 1894 Fragebogen an Dienstmädchen ausgegeben. Sechzig derselben sind ausgefüllt zurückgegeben worden. Zum Beweise, daß die Erhebungen, obgleich sie nur auf eine geringe Zahl sich erstrecken, doch alle „Krankheiten“ der Dienstmädchen umfassen, wird der Lohn, den die Befragten empfangen, angegeben. Von den 52 Mädchen, die hierüber berichteten, erhielten 35 einen Monatslohn von unter 20 M. (eine erhielt 8 M., 7 erhielten 12 M.), 17 einen solchen von 20 M. und darüber, wovon zwei, die 30 M. erhielten. — Von diesen 60 Dienstmädchen machten 10 keine oder ungenügende Angaben über gewerksmäßig betriebene Privat-Stellenvermittlungsbüros, so daß also 50 brauchbare Auskünfte übrig blieben. Diefelben beziehen sich auf 28 Frankfurter Stellenvermittlungsbüros, also auf mehr als die Hälfte derjenigen, die im Adressbuch als solche angegeben sind (50).

Ueber die Gebühren und das Einschreibegeld, welches die Herrschaften in dem Vermittlungskomtor zahlen müssen, konnten die Mädchen naturgemäß sehr wenig Auskunft erteilen. Das Einschreibegeld beträgt in der Regel 30—50 Pfennige. In 48 Fällen wurde von der Herrschaft an Vermittlungsgebühren bezahlt: 1 M. bis 16 M., in der Hauptsache 3 M. und mehr. Bei den Vermittlungsanstalten der gemeinnützigen Vereine brauchen die Herrschaften nur 2—3 M. zu bezahlen. — Was das Einschreibegeld der Dienstmädchen anlangt, so lagen darüber 32 Angaben vor, aus welchen zu ersehen, daß 25 Pf. bis 1 M., in den meisten Fällen 50 Pf. und darüber bezahlt werden mußten. Selbst die „gemeinnützigen Anstalten zum Wohle der dienenden Klasse“ lassen sich von 20 bis 50 Pf. von den Mädchen zahlen; nur eine „das Marthahaus“ erhebt nicht.

Die Vermittlungsgebühren, welche Dienstmädchen bei den Büros zahlen müssen, sind freilich noch viel höher und werden in 65 Vermittlungsfällen angegeben. Es mußten nämlich gezahlt werden: in 2 Fällen 1.50 M., in 19 Fällen 2 M., in 2 Fällen 2.50 M., in 26 Fällen 3 M., in 3 Fällen 4 M., in 8 Fällen 5 M., in 2 Fällen 6 M., in 1 Fall 8 M. und in 3 Fällen 10 M., also in 42 von 65 Fällen nicht weniger als 3 M. und mehr. Manchmal wird auch noch Fahrgehalt erwähnt, was der Stellenvermittlerin für Bemühungen vergütet werden mußte.

Die gemeinnützigen Anstalten nehmen weit geringere Beträge von den Mädchen: das Heimathaus 1 M., der Verein zum Wohl der dienenden Klasse höchstens 3 M. bei hohem Lohn, das Marthahaus verlangt gar keine bestimmte Gebühr.

Nun kommt noch hinzu, daß die Mädchen da und dort auch noch Logis bei der Stellenvermittlerin nehmen müssen. Aus dem vorliegenden Material lassen sich 11 Fälle feststellen, in denen Dienstmädchen bei Vermittlern logierten. Das Nachtlager, bei welchem meist zwei Mädchen in einem Bett schlafen (das Bett war stellenweise nicht einmal überzogen), oder bei dem ein Sopha das Bett vertreten muß, kostet zwischen 30 und 50 Pf. mit Frühstück, oder 1 M. mit Frühstück und Mittag, Mittag allein 60 Pf., mit Abendbrot 70 Pf., so daß bei ganzer Kost auch hier meist diejenigen Beträge überschritten werden dürften, welche die gemeinnützigen Anstalten für die gleichen Leistungen nehmen. (50 Pf., 1 M., 1.50 M.)

Diesen Untersuchungen, die, obgleich sie auf Vollständigkeit keineswegs Anspruch erheben können, doch geeignet sind, ein großes Schlaglicht auf das gewerksmäßige Stellenvermittlungswesen zu werfen, ist dann noch ein Ueberblick über die Inserate, soweit sie die Vermittlung betreffen, beigefügt. Aus diesem ist

Soweit der Augen- und Ohrenzeuge Trautner.

Der Streich war also gelungen. Am 2. Januar 1887 war Neve's Aufenthaltsort der deutschen Polizei verrathen worden und schon am 21. Februar besand sich Neve in den Händen der deutschen Polizei. An diesem Tage wurde Neve und mit ihm sein Freund Groß beim Verlassen des Restaurants Phönix in Lüttich auf offener Straße verhaftet und auf Befehl des obersten Polizeichefs Gautier in Brüssel im Gefängnis St. Leonard untergebracht. Die belgische Polizei hatte es mit ihrem Judasdiener sehr eilig; unter Beiseitefügung aller sonst üblichen Formalitäten und im offenen Widerspruch mit der bisherigen Praxis, die den „Vagabunden“ — denn als solche wurden Neve und Groß verhaftet — bei der Ausweisung die Wahl der Grenze freiließ, wurden Neve und Groß schon am folgenden Tag als „lästige Vagabunden“ per Schub an die deutsche Grenze nach Herbedthal gebracht, wo selbstverständlich die Polizei ihrer harrte. Groß mußte später als naturalisierter Belgier auf Reklamation seiner Regierung wieder freigegeben werden, Neve aber wurde am 10. Oktober 1887 vom Reichsgerichte wegen hochverrätherischer Unternehmungen (Verbreitung der „Freiheit“, „Autonomie“ und des „Rebells“ und Versendung von Explosivstoffen) zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Sechs Tage nach Schluß der geheimen Gerichtsverhandlung, die von manchen ihm bisher räthselhaften Vorgängen und Beziehungen den Schleier gezogen haben mag, schreibt Neve aus dem Zuchthaus in Halle in einem Briefe, worin er über seine in Belgien und London noch lagernden Dabselfakten Verfügung trifft, u. a. folgendes:

„Als Wwe. Arch. mich in Lüttich besuchte, sagte sie mir, daß man der Künstlertruppe, die für wohlthätige Zwecke so viel geleistet hat, eine öffentliche dankbare Anerkennung veranstalten wolle. Ist dies noch nicht geschehen, so thut dasselbe auch in meinem Namen, da speziell der Dirigent, den ich, wie Du weißt, persönlich kenne, es zehnfach verdient hat.“

Wir begehren keine Judiskretion, wenn wir diese anscheinend unverfänglich lautende Stelle in ihren beabsichtigten Sinn übersehen. Dieser Brief ist durch die Hände der Zuchthausdirektion gegangen und trägt das Bismuthauszengensiegel; er wurde auch in der vom Club „Autonomie“ inszenierten Untersuchungskommission als Belastungsmaterial gegen Neve und Feuert vorgelegt, aber die einzige Folge war: Daß Neve von dieser Stunde an jeder fernere Briefwechsel mit dem Adressaten verboten wurde.

Wie John Neve verhaftet wurde.

IV.
Polizeikommissar Möhlig erzählt weiter:
Neue kam zu uns zurück, worauf ich den Dornerer nach dem Kaffeehaus schickte, um dem Gespräch zwischen Feuert und Neve zuzuhören. Er setzte sich an den nächsten Tisch und hörte jedes Wort. Also sah Feuert den Dornerer abermals in unmittelbarer Nähe, ohne Neve zu warnen! Ich überwachte inzwischen das Kaffeehaus, und als Neve es verließ, folgte ich ihm mit Dornerer, der das Lokal sogleich hinter Neve verlassen hatte. Sobald letzterer auf der Straße war, begann er im Lausfritt nach Hause zu rennen, von uns so distret gefolgt, als die Umstände erlaubten. Wir sahen ihn ein Haus in der Rue du Pont d'Artois Nr. 98 betreten, und bezogen unsere Posten in der Nähe eines Observationspostens. Nach einer guten Weile verließen mehrere Personen, darunter ein Franzosener, das Haus, begleitet von Neve, der noch ein paar Minuten mit ihnen plauderte und ihnen dann „Gute Nacht“ wünschte.
Und so gewissenhaft berichtete Herr Möhlig, daß er, wie eines wichtigen Faktums, sogar des Umstandes erwähnte, daß Neve, bevor er wieder sein Haus betrat, ein paar Augenblicke gegen eine Wand stand —
Es war im ganzen Haus nur ein Fenster erleuchtet,“ fuhr der Berichterstatter fort. „Eine Viertelstunde nachdem sich Neve zurückgezogen hatte, wurde es plötzlich ausgelöscht und alles war finstler. (Es war nach 1 Uhr Nachts.) Kein Zweifel, das Fenster war Neve's Fenster, und wir hatten seinen Aufenthaltsort entdeckt.“
Herr Möhlig schwieg. Da zog, nach einer Pause von einigen Sekunden, Herr Krüger einen Briefumschlag aus der Tasche, entnahm denselben einige 4 oder 5 gänzlich verschieden aussehende Photographien und zeigte dieselben auf meinem Schreibtisch. „Welcher ist der Neve von heute?“ fragte er.
Unverzüglich deutete Herr Möhlig auf eines der Bilder. „Der ist.“
Die Photographien waren sämtlich Neve's.
„Und jetzt sind wir sehr müde,“ fuhr Dr. Möhlig fort, „besonders der arme Dornerer... Die schreckliche Nacht mit ihrem eifigen Wind... Er liegt jetzt im Hotel und schläft, er hat einen Ruhetag verdient...“

*) Herr M. sagte: „Den D.“ (oder T.). Offenbar Dornerer gemeint.

zu stehen, daß in einer einzigen Woche in den drei gelestenen Zeitungen von Frankfurt a. Main an Dienstboten-Annoncen erschienen: Von Herrschaften 889, von Dienstboten 310, von Bureau 122, zusammen also 1321. Der Berichterstatter über die Erhebungen nimmt an, daß, da die Zeile im Inseraten-Heft wenigstens 15 Pf. koste, im ganzen pro Jahr gegen 33 000 M. für dergleichen Inserate ausgegeben werden. Die Inserate, zusammen mit den Gebühren für die Vermittlung belaufen also Herrschaften und Dienstboten mit einer Steuer, die jährlich nicht weit von 100 000 M. entfernt sein dürfte. Das ergibt sich bereits aus den naturgemäß sehr unvollständigen Ermittlungen des Gewerkschaftsrates, durch welche intimere Verhältnisse noch gar nicht aufgedeckt werden konnten, weil nur eine schriftliche Befragung möglich war. Behördliche Erhebungen würden zweifelsohne weit vollständigere und namentlich schmerzlichere Ergebnisse erzielen. Aus diesen Gründen erscheint die Forderung des Frankfurter Gewerkschaftsrates in hohem Grade berechtigt, daß die geplante städtische Arbeitsnachweis-Stelle in Frankfurt am Main von vornherein auch für die Vermittlung von Dienstbotenstellen eingerichtet wird.

Die Noth der arbeitslosen Bevölkerung in Hamburg und Umgegend, so schreibt das „Hamburger Echo“, nimmt einen immer größeren Umfang an und es treten bereits Erscheinungen zu Tage, die als Vorboten einer Hungersnoth angesehen werden können. So berichtet uns ein Bewohner Elmstedts, daß am letzten Sonnabend nicht weniger als acht Personen zum Betteln in seine Wohnung kamen, denen man sämmtlich mit dem ersten Blick es ansehen konnte, daß sie nicht zu den Gewohnheitsbettelern gehörten. Es waren meistens ältere und verheiratete Leute. Ein häßlicher Mann hat scheinlich um etwas Brot für seine Kinder, ein anderer hat um ein Paar Schuhe zc. Die Kleidung dieser bedauernswerthen Opfer unserer herrlichen Wirtschaft-„Ordnung“ ist meistens so beschaffen, daß sie gegen Wind und Wetter keinen Schutz mehr gewährt und monatelange Entbehrungen schlimmer Art haben den einst kräftigen Körper schlaff und widerstandlos gemacht. — Und wie am Strand der Elbe, so graulich ist auch das Elend unter der Bevölkerung des Erzgebirges, des Riesengebirges, womit nicht gesagt sein soll, daß es hier in der Reichshauptstadt sich anders verhielte. Im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen, kurz überall im „großen Deutschen Reich“ dieselbe Glend, dieselbe entsetzliche Armut. Wohin soll das führen? Die herrschende Klasse, weit entfernt, den Nothstand in vollem Umfange anzuerkennen, weiß keinen Rath, als den, mehr Polizei und Soldaten.

Aus dem Gegenwartsstaate. Eine arme, gebrechliche 74jährige Frau zu Erfurt litt in kümmerlichster Weise dadurch ihr Leben, daß sie bei Wind und Wetter im Freien mit Obst handelte. Wegen Uebertretung der Marktordnung wurde sie nun kürzlich zu 1 Mark Geldstrafe verurtheilt. Die Frau, welche keine Ahnung von derjenigen Vorschrift der Marktordnung, gegen welche sie verstoßen haben sollte, hatte, wandte sich dreimal an die Polizeiverwaltung um Nachlaß der Strafe; jedoch vergebens. Da nun keine Zahlung der Strafe erfolgte, erschien am Freitag 7 1/2 Uhr ein Schuttmann in der Wohnung der Armen, um sie zu verhaften. Mitleidige Nachbarn hielten sofort zusammen, um der armen Frau die Mark nebst 40 Pfennig Kosten zu leihen, damit dieselbe die gegen sie von „Rechts wegen“ verhängte Strafe für die in nicht böswilliger Absicht erfolgte Uebertretung bezahlen konnte.

Die Wohlthätigkeitsvereine werden bald am Ende ihres Latens angelangt sein. Der Vorstand des Kölner Wohlthätigkeitsvereins erläßt im „Kölner Stadtanzeiger“ eine Aufforderung an die Mitbürger, ihn mit Geldmitteln zu unterstützen. Noch nicht 2/3 des Jahresjahres sei verstrichen und schon sei die Kasse vollkommen erschöpft. Dann heißt es weiter: „Der Judenzug zur Suppenanstalt, welche täglich ca. 1600 Armen Nahrung spendet, wird immer größer; einschließend der Ausgabe für Brote und andere Bedürfnisse verschlingt jeder Tag einige Hundert Mark und wir sind gezwungen, alle Hilfsjuchenden abzuweisen, wenn uns weitere Geldspenden versagt bleiben! Wir bitten unsere Mitbürger, der Nothleidenden zu gedenken und uns zu ermöglichen, dieselben wenigstens bis zum Eintritt besserer Jahreszeit weiter unterstützen zu können.“ — Die private Wohlthätigkeit, wie überhaupt alle Palliativmittel, welche die bürgerliche Gesellschaft zur Anwendung bringt, läßt an zu versagen; die Bourgeoisie vermag den Sumpf der Armut, den sie geschaffen, mit ihren Mitteln nicht zu besetzen, sie wird in ihm untergehen.

Die Steuer der Handelsreisenden in der Schweiz. Aus einer im „Schweizerischen Handelsblatt“ erschienenen Statistik entnehmen wir, daß in der Schweiz im Jahre 1893 — zufällig stimmt die Jahreszahl mit der Ziffer — 1893 Legitimationskarten für Handelsreisende gelöst wurden, welche einen Ertrag von 310 650 Fr. ergaben. Hiervon waren 1556 Karten von Schweizerischen Geschäftsreisenden gelöst und mit 225 000 Fr. bezahlt worden. Von dem Rest von 337 Karten waren 208 von französischen Reisenden bezogen, welche hierfür 75 000 Fr. bezahlten, und zwar ausschließlich vor dem 30. Juni 1893, in welchem bekanntlich Frankreich und die Schweiz sich die gegenseitige tariffreie Zulassung der Handelsreisenden trotz des Zollkrieges gewährten. Es ist immerhin interessant, zu konstatieren, daß im ersten halben Jahre des Zollkrieges 203 französische Reisende fast ohne Rücksicht auf Erfolg die Schweiz bereisten und den Reisenden der übrigen Grenzstaaten scharfe Konkurrenz zu machen versuchten.

A n s t e r t r u p p e bezieht sich auf Neuf. Als er seinerzeit in London unter falschem Namen und falschen Vorspiegelungen sich bei den Anarchisten einschlich, hatte er sich als Konzertführer angegeben, der seine Griffling stunde aus dem Arrangement von Konzerten, (später auch für wohltätige, d. h. anar ch i s t i s c h e Partezwecke). Hier bezieht sich „Arrangement“ und „wohltätige Zwecke“ auf Polizeiarbeit. Wer mit dem Dirigent gemeint ist, liegt demnach auf der Hand, und keiner Mißdeutung kann unterliegen, was Neve meint, wenn er schreibt, dieser Dirigent, von dessen Arrangement er jetzt persönlich Kenntniss erhalten, habe es zehnfach verdient. Mit der „öffentlichen Anerkennung“ spielt Neve auf eine von seinen politischen Freunden verabredete, aber niemals ausgeführte öffentliche Züchtigung an.

In einem zweiten Brief aus dem Zuchthaus in Halle vom Januar 1888, gleichfalls auf Anstaltspapier geschrieben und mit dem Besamtenvermerk versehen, auf den sich obiges Korrespondenzverbot ebenfalls bezieht, kommt Neve abermals auf die Vorgänge und den Verrath zu sprechen, der ihn in die Hände der Polizei geliefert. Er drückt seine Freude darüber aus, daß seine Freunde nunmehr wissen, wer und wie viele an dem Verraththeilhaftig sind. Nicht ein Polizeispion, wie sie jetzt vernünftiger, sondern ein Trio, drei: Peukert, Neuf, Trautner. Ihn konnte diese Nachricht ja nicht mehr überraschen; er wußte, wer ihn ans Messer geliefert; darum hofft er noch immer auf die „öffentliche dankbare Anerkennung“ und diese „Dotationen“ sollten überall wiederholt werden, wo das Trio sich blicken ließe! Und diese Gedanken müßte er, der Gefängnißensur wegen, in die harmlos klingenden Worte kleiden:

„Daß nun aus dem Solo ein Trio geworden, hat mich viel mehr gefreut als überrascht; möchte doch diese liebliche Symphonie mit Dotationen für die freundlichen Darsteller an allen Orten eine Wiederholung finden, wo die Gemüther in Verwirrung gerathen, damit die Lust zum Schöpfen neues Leben erhält.“

Der Umstand, daß Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Italien und Belgien vertragsmäßig von jeder Abgabe für ihre Reisenden in der Schweiz befreit sind, macht die Kontrolle der Anzahl dieser Reisenden, welche noch weit interessanter wäre, ganz unmöglich.

Veranstaltungen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 27. Januar bei Keller, Bergstraße, eine Versammlung ab, in der Genosse Hoffmann in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Das moderne Handwerk“, referirte. Von einer Diskussion über den Vortrag wurde auf Antrag des Kollegen Ulbricht Abstand genommen und sofort in eine Besprechung über den Lohnabzug der Vielschmann'schen Harmonisfabrik eingetreten. Kollege Götsch berichtet, daß er 23 Jahre in dieser Fabrik thätig sei und gegenwärtig einen Verdienst von 12 M. pro Woche habe. Bei einem Abzug von 25 pCt., wie er jetzt besteht, könne er nicht mehr bestehen und würde er in den nächsten Tagen seine Entlassung erhalten. Kollege Erdmann fügt dem noch hinzu, daß im Sommer bei schlechter Geschäftslage einige Kollegen mit einem Verdienst von 8 M. pro Woche nach Hause gegangen sind. Kollege Ulbricht tabelte hauptsächlich, daß die Kollegen der Vielschmann'schen Fabrik nach dem Streit vor 2 Jahren der Organisation fern gelieben sind, und damit ihnen jetzt der Rückhalt bei den organisierten Kollegen benommen ist. Unter Vereinsangelegenheiten giebt der Kollege Scholz bekannt, daß sich die Mitglieder in Rechtschutz-Angelegenheiten an den Kollegen Westermann, Laufstrasse 3 und in Verfall-Angelegenheiten an Kollegen Damm, Uranienstraße 23 zu wenden haben. Ferner macht der Vorsitzende bekannt, daß vom Sonnabend den 3. Februar ab Listen im Bibliotheksaal für den Norden anliegen und fordert die Kollegen auf, die arbeitslos sind oder in der Zeit vom 8. Oktober v. J. ab arbeitslos waren, die Dauer der Arbeitslosigkeit in diese Listen einzutragen. Ebenfalls wird auf den Maskenball am 10. Februar im Elysium aufmerksam gemacht.

Röpenia. Hier tagte am 28. Januar eine von etwa 100 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Färber und Berufsgenossen (Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen), welche auf Veranlassung des seit November vorigen Jahres für Berlin und Umgegend bestehenden Fachvereins genannter Berufe einberufen war. Genosse Joh. Timm referirte über das Thema: „Die Organisation ist der Markstein jeden Fortschritts.“ Der zum Anschluß an die Organisation einmündige Vortrag fand lebhaften Beifall. An der folgenden Debatte theilnahmen sich Lappke, Windisch, Hügel und andere. Die Mißstände in verschiedenen Färbereien erregten eine scharfe Kritik; als besonderen Mißstand bezeichnete man die lange Arbeitszeit, welche mit lagem Lohn Hand in Hand gehe. Hervorgehoben wurde, daß in Spindlersfeld für junge Färber, welche nach Beendigung ihrer fünfjährigen Lehrzeit dort weiter arbeiten, der Anfangs-Stundenlohn 25 Pf. sei. Ein Redner bedauerte, daß gerade die „Spindler'schen“, vornehmlich aber die gelehrten Färber, der für sie mitbestimmten Versammlung nicht die erwünschte Beachtung durch zahlreichen Besuch geschenkt hätten, trotzdem manche von ihnen bei Spindler weniger verdienen, wie andere Arbeiter im selben Betriebe. Ein anderer Redner verwies auf den Auspruch des Herrn v. Bötticher im Reichstag, nach dem die Textilindustrie „günstig“ dastehen solle, und bemerkte dazu: Ueberschüsse seien ja vorhanden, und zwar große, dieselben resultirten aber aus den Hungerlöhnen, welche den Arbeitern gezahlt würden. Die Löhne und Behandlung der Färber und ihrer Berufsgenossen sei wie die der Textilarbeiter überhaupt, eine immer schlechtere geworden. Alle Redner beauftragten als Mittel zur Abhilfe die Schaffung einer starken Organisation. Nach einem ebenfalls dazu ermunternden Schlusssatz Timm, wurde den Versammelten Gelegenheit geboten, sich in den Fachverein aufnehmen zu lassen. Zum Schluß gelangt einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten verpflichteten, der Organisation beizutreten. — Es wurde in Aussicht gestellt, daß man baldigst in Röpenia, wenn die nötige Zahl von Mitgliedern vorhanden ist, eine Filiale des Fachvereins der Färber und Berufsgenossen errichten werde.

Grünau. Reichstags-Abgeordneter Bue b sprach hier am 28. Januar in einer öffentlichen Versammlung des Les- und Lektürlubs „Euffalle“ über den Antisemitismus und die Sozialdemokratie. Die Versammlung war von über 200 Personen, darunter eine Anzahl bekannter Antisemiten, besucht. Der Vortragende bemerkte einleitend, daß er der antisemitischen Bewegung sehr wenig Bedeutung beilege. Sie entspringe der Mißstimmung kleinbürgerlicher Kreise, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt fühlen und nun aber in Ermangelung der Erkenntniß des kapitalistischen Wirtschaftssystems und in Verleugnung der eigentlichen Ursachen ihrer Lage den Kampf nicht gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus überhaupt, sondern nur gegen eine ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbehaglich werdende Erscheinung richten, gegen das jüdische Ausbeuterthum. Wir Sozialdemokraten können die Agitation der Antisemiten nur begreifen. Sie erweckt das Interesse an der Politik in Kreisen, die uns sonst verschlossen blieben und insofern hatte Capriotti sehr Recht: „Der Antisemitismus ist die Vorstufe der Sozialdemokratie.“ Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muß erfolglos bleiben, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische,

Seitdem diese Briefe in der Untersuchungspolice der „Autonomie“ vorgelegt worden sind, ist Neve, wie gesagt, jeder Verkehr mit seinen Londoner Freunden verboten; seitdem ist Neve verschollen.

Vor drei Jahren lief die Nachricht durch die Presse, Neve habe auf die Irrenabtheilung gebracht werden müssen; eine Bestätigung dieser Nachricht ist ebenso wenig erfolgt, wie ein Dementi.

Der Verrath und die darauffolgenden 15 Jahre Zuchthaus bedeuteten für den von Allen, die ihn persönlich kannten, als hochbedeutenden Charakter geschätzten Neve thatsächlich nichts anderes als: Lebendig begraben. Und niemand war sich darüber klarer als Neve selber. In seinem letzten Briefe aus Halle (Januar 1888) schreibt er darüber die ergreifenden Worte:

„Ich werde nie verzeihen, sondern meine Würde, welche mir die ohnmächtigsten gesellschaftlichen Zustände auferlegten, mit aller Hingebung für meine Ueberzeugung solange zu tragen wissen, bis die physische Kraft ihren Dienst versagt. Gebe mich aber bezüglich der „besseren Tage“, wovon Du redest, absolut keinerlei Illusionen hin, sondern hege die Hoffnung, die Goethe hatte, als er im Ridelhahn schrieb:

„Die Vögelin schweigen im Walde,
Warte nur, balde
Ruhst Du auch!“

Meine Firma an der Thüre zeigt die fatale Jahreszahl 1902 (das Jahr seiner Entlassung aus dem Zuchthaus). Daß die heutigen Verhältnisse an dieser Ziffer etwas ändern, bezweifle ich sehr, weil eben keine Wunder mehr passieren. Wenn auch die Konstitution bis dahin Stand hielt, würde ich am Tage der Erlösung als Greis am Bettelstabe entweder eine andere moderne Konfekt, das Armenhaus, in Anspruch nehmen, oder aber Belamiten und am meisten mir selbst zur Last fallen; und das wird mir gewiß niemand wünschen. Wenn daher einst „Big Ben“ (die große Glocke auf dem Thurme des Londoner Parlamentsgebäudes, welche die Stunden anschlägt) mit wackrigen Schlägen „1900“ verländert, und Du, dann auch

sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Form ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt. Der Sozialdemokratie fällt die Aufgabe zu, diese Erkenntniß in jene Kreise zu tragen, in denen der Antisemitismus ihr vorgearbeitet hat. Trotz seines reaktionären Charakters wirkte der Antisemitismus schließlich dennoch revolutionär, weil die von ihm gegen die jüdischen Kapitalisten aufgewebten Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Kreise zu der Erkenntniß kommen mußten, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist. Die Abkündigung bei der letzten Militärvorlage habe bewiesen, daß der Antisemitismus keine vollständige Bewegung sei. Wie recht die sozialdemokratischen Vertreter hatten, zeigt das zur Deduktion der „Unkosten der Militärvorlage“ jetzt eingebrachte „Hundert Millionen-Steuerbouquet“, und wiederum soll auf die Schultern der beschloßen breiten Masse des Volks auch diese Last gelegt werden. Der Antisemitismus leistet bereitwillig Handlangerdienste. Nachdem der Referent noch kurz des von den Antisemiten gehätschelten Innungsrummel's Erwähnung gethan und die Vorkämpfer der antisemitischen Studentenschaft vor dem Wagnis des „ehemaligen Reichszanzlers“ bei seinem Berliner Besuch ins richtige Licht gestellt hatte, referirte er seine Ausführungen dahin: Die arbeitenden Massen können nur durch die Verwirklichung des Sozialismus aus ihrem sozialen Elend befreit werden. Nicht in einer von Juden gereinigten, sondern nur in einer sozialistischen Gesellschaft kann und wird Gerechtigkeit walten. (Lebhafter Beifall.)

Antisemit Genler (Redakteur von „Frei-Deutschland“) sucht zu beweisen, daß die Abkündigung beim Menschen viel zu seiner Denk- und Handlungsweise beitrage. Die Bibel gebe, wie viele andere Geschichtswerke, darüber Aufklärung, daß die Juden kein werktätiges, wohl aber bei all ihrem Thun und Treiben von jeher ein „scharfsichtiges“ Volk waren. Die Lehren des Talmud, welche die Juden sehr genau befolgten, zwingen dazu, sie mit anderem Maß zu messen. Sie (die Antisemiten) verlangen eine Gesehgebung, welche das Volk vor jeder Uebervertheilung durch die „jüdischen Fremdlinge“ schütze. Bietet und diese die Regierg, dann gehen wir mit ihr, andernfalls bekämpfen wir sie so gut wie Sie (die Sozialdemokraten) es thun! (Gelächter.)

Diesen Ausführungen tritt Mendorf entgegen, während Genler für die Antisemiten einen Spech löst. Salasch, Meister und dem Referenten wird es ein Leichtes, die antisemitischen Allüren zu widerlegen. In einer Resolution erklärte die Versammlung einstimmig ihr volles Einverständnis mit dem Vortrage. Die Gegner hatten den Saal während des Schlusswortes des Referenten bereits verlassen. — Die Lokalfrage soll in folgender Weise geregelt werden:

„Um den Kampf zu erleichtern, ist immer nur ein Lokal zu boykottieren und sind alle anderen inwiefern frei zu geben. Ferner erhält die Kommission den Auftrag, in Berlin und Umgegend ein Flugblatt zu verbreiten, welches die Gründe zu diesem Vorgehen rechtfertigen wird.“

In die Lokalkommission wurden Büstenhagen, Niendorf und Dummer gewählt. Befangengegeben wurde zum Schluß, daß vorläufig alle Wirthe, außer Ruttomsky und Lindenhein, die den „Vorwärts“ auslegen, zu meiden sind.

Literarisches.

Bebel, Sozialdemokratie und Antisemitismus. Verlag des „Vorwärts“. Preis 20 Pf.

Die Broschüre enthält die vom Reichstags-Abgeordneten August Bebel auf dem Kölner Parteitag gehaltene Rede über die schon auf dem Berliner Parteitag zur Verhandlung gestellte, aber wegen Zeitmangel nicht zur Diskussion gelangte Frage der Stellung der Sozialdemokratie zum Antisemitismus. Bebel geht in der Kritik des antisemitischen Programms den kleinbürgerlich-reaktionären Charakter des Antisemitismus klar aneinander, erklärt aus den in der bürgerlichen Gesellschaft wirkenden ökonomischen Gesetzen und Agitation dieser Bewegung und weist nach, wie der Antisemitismus — der „Sozialismus des dummen Kerls“ — wenn auch unbenutzt und gegen den Willen seiner Führer und Gönner, schließlich doch mit innerer Nothwendigkeit revolutionär wirkt und als Vorarbeiter der Sozialdemokratie die kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Gesellschaftsklassen zum Nachdenken über die Ursachen ihres sozialen Niedergangs bringt und sie zum Kampfe gegen die politische und wirtschaftliche Ausbeutung — „wider Juden und Junker“ — organisiert. In einem Nachtrag beschäftigt sich Bebel eingehend mit den Konserватiven und weist zahlreich nach, wie von jeher die Junker die eigentlichen Feinde der Kleinbauern gewesen; wie sie früher durch das „Bauernlegen“, heute durch die Konkurrenz der großen Betriebe und das systematische Auffaugen des kleinen Besitzes, den Kleinbauern von Hand und Hof treiben. In einer vergleichenden Zusammenstellung über den Antheil der Juden im Verhältnis zu den Christen an Verbrechen und Vergehen während der Jahre 1882—89 weist der Verfasser nach, wie nicht Rasseneigenschaften, sondern die ökonomischen Verhältnisse die Handlungsweise der Menschen bestimmen.

Die Noth der Landwirthe. Politische Briefe IV. Braunschweig. Verlag von Albert Limbach.
Sonderabzug aus Jahrbuch für Gesehgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Von G. Schmoller. Leipzig. Verlag von Tunder u. Humblot.

„Schon ein alter Knabe, in Mitten einer zielbewußten jungen Generation an der Schwelle des neuen Jahrhunderts das weite Feld der Arbeit überblickt, dann gedente noch einmal des alten Kameraden, der dann, so hoffe ich wenigstens, schon längst an der Seite eines Anderen ruht...“

Mag Neve „schloß“ im Zuchthaus sterben, er wird in Ehren leben.

Und seine Verräther?
Peukert ist, mit dem Brandmal der öffentlichen Verachtung belastet, von seinen eigenen Genossen ausgestoßen, sein Freund und Genosse Neuf aber ist — offiziöser Leibhufar des Reichszanzleramtes geworden und glänzt bei Bismarck-Quellonen neben dem Sohne des Vaters des Sozialistengesetzes. Zwar erwartet sich dieser Ehrenmann in öffentlichen Erklärungen gegen den Vorwurf, Neve ans Messer geliefert zu haben, aber keines der Berliner Blätter, nicht einmal der offiziöse Polizeimoniteur, giebt sich zum Ehrenretter dieses ehrenwerthen Mannes her.

Wenn aber nicht Verräther, wenn nicht Polizeispion, denn wäre Herr Neuf also ehrlicher Anarchist gewesen.

Wie fänden dann aber die Dinge? Da spricht doch die eine Thatsache, daß Neuf der Freund und Genosse Peukert's, des verknüpftesten aller Polizeilampen, des intellektuellen Urheber des Werftaltiger Raubmordversuches und der ganzen Bestialitäten der Stellmacher-Periode, heute als ein Stück literarischer Vertrauensmann in das Reichszanzleramt zu Entgegennahme von Attentats-Nachrichten berufen wird, ganze Hände. Angesichts solcher Sachlage kann man sich höchstens noch fragen, worüber man lachen soll.

Herr Neuf verkehrt noch heute mit dem Spießhuf des alten Kurtes; Herr Polizei-Direktor a. D. Krüger. Auf den Judgingereisen des abgefehten Handmeiers erscheint heid dieser Hofamtenbläser des neuen Kurtes.

Auf weissen Rechnung?
Auf Rechnung des „alten“ oder des „neuen“ Kurtes?
Und wer ist der Dupirte?